

Wöchentlich 66 Pf., monatlich 2,00 Mk. im voraus zahlbar. Postbezugs 4,32 Mk. einschließlich 60 Pf. Postgebühren- und 72 Pf. Postbescheidgebühren. Auslandsabonnements 6,- Mk. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Briefpostporto 5,- Mk.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Samstags und Sonntags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Witz und Zeit“, „Fremde Frauenstimme“, „Tschit“, „Bild in die Bücherwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Konpassivität 80 Pf., Reformen 5,- Mk., „Kleine Angelegenheiten“ das seitgedruckte Wort 25 Pf., gültig zwei seitgedruckte Worte, jedes weitere Wort 12 Pf., Rabat u. Tarif, Stängelzucht das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 66 Pf., Familienanzeigen Seite 40 Pf., Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2. monatlich von 8 Pf. bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3 Fernsprecher: Dönhofs 202-207. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Dis.-Ges., Depotkont., Jerusalemstr. 63-65.

Verschärfte Fraktionsdisziplin.

Organisatorische Entscheidung des Parteitag: Die politische Entscheidung bleibt der Reichstagsfraktion.

F. St. Leipzig, 3. Juni. (Eigenbericht.)

Die Entscheidung des Parteitags ist gefallen; sie entspricht den Erwartungen.

Der Parteitag hat gegen eine Handvoll Stimmen die bisherige Tätigkeit der Reichstagsfraktion gebilligt. Er hat ihr für ihre weitere Arbeit freie Hand gelassen. Ebenso hat er gegen wenige Stimmen den ersten Satz eines Parteivorstandsantrags angenommen, der das Verhalten der neun Disziplinbrecher mißbilligt. Der eigentliche Kampf ging aber erst um den zweiten Absatz desselben Antrags, der die Fraktion ausdrücklich ermächtigt, für Abstimmungen den Fraktionszwang zu beschließen und Zuwiderhandlungen für parteischädigendes Verhalten zu erklären.

Die beantragte Ermächtigung für die Fraktionen war eigentlich kaum bestritten. Wäre über sie besonders abgestimmt worden, so hätte sicherlich noch weniger als ein Sechstel des Parteitags gegen sie gestimmt. Die Schlußbestimmung aber, die Zuwiderhandlungen für parteischädigend, also für ein ausschlußwürdiges Verhalten erklärt, stieß auf Bedenken, auch bei Genossen, die an sich für die Verschärfung der Disziplinbrecher zu haben waren. So kam es, daß bei der namentlichen Abstimmung immerhin 62 Nein-Stimmen gegen 329 Ja-Stimmen abgegeben wurden, das heißt viel mehr, als der eigentliche Anhang der neun Disziplinbrecher für sich aufbringen konnte.

Die Berliner Genossen hätten um getrennte Abstimmung über den letzten Satz gebeten, weil durch seine Annahme die Gewissensklausel aufgehoben werde, die es den Abgeordneten bisher ermöglichte, im Falle eines Gewissenskonfliktes der Abstimmung fernzubleiben.

Durch den Beschluß des Parteitags ist für die Reichstagsfraktion neues Recht geschaffen worden. Es steht jetzt bei ihr, von Fall zu Fall die Gewissensklauselel entweder bestehen zu lassen oder aufzuheben. Sie wird die ihr verliehene Ermächtigung sicher nicht dazu mißbrauchen, die Bewegungsfreiheit der Abgeordneten über Gebühr einzuschränken.

Wenn also bisher die Möglichkeit für die Abgeordneten bestand, sich ohne Schädigung der Partei unauffällig der Abstimmung fernzuhalten, wird sie auch weiter bestehen bleiben. Unmöglich wird es aber in Zukunft sein, daß ganze Gruppen von Fraktionsmitgliedern mit gewollter oder ungewollter demonstrativer Wirkung einer Abstimmung fernbleiben. Unmöglich wird es in Zukunft sein, daß durch ein solches Verhalten der Wille der Fraktion in sein Gegenteil verkehrt wird. Und ebenso wird es in Zukunft unmöglich sein, daß einzelne Bezirksorganisationen versuchen, ihren Abgeordneten für bestimmte Abstimmungen gebundene Marschordres zu erteilen. Allen derartigen Möglichkeiten wird die Reichstagsfraktion in Zukunft einen Riegel vorschieben können, indem sie unbedingten Fraktionszwang beschließt. Die Abgeordneten sind damit unter eine schärfere zentrale Disziplin gestellt. Sie sind auf der anderen Seite von der Gefahr befreit, durch ihre Bezirksorganisationen unter besonderen Druck gesetzt zu werden. Für die Einheit und Entschlossenheit des Parteitags ist damit viel gewonnen.

Die Neun, die damit ihr Spiel vollständig verloren haben, sind schlechte Lasterer. Indem sie das Problem vom politischen Gebiet auf das organisatorische verschoben, vergrößerten sie nur ihre Niederlage. Es wäre falsch, aus dem Abstimmungsergebnis etwa den Schluß zu ziehen, daß die Tolerierungspolitik in der Partei auf keinen oder nur auf geringen Widerstand stößt. Die Reichstagsfraktion wird sehr sorgfältig die Situation zu prüfen haben, die sich aus der neuen Notverordnung der Regierung ergibt, und sie wird dabei die einstimmig angenommene Resolution Künstler-Zuschüsse berücksichtigen, die gegen weiteren Abbau der Sozialleistungen entschieden protestiert.

Das Ergebnis der großen politischen Auseinandersetzung auf dem Parteitag kann dahin zusammengefaßt werden: Die Lage innerhalb der Partei ist entspannt! Für das Verhältnis zwischen Partei und Reichsregierung gilt keineswegs das gleiche. Der Parteitag hat der Reichstagsfraktion sein Vertrauen ausgesprochen und ihre disziplinäre Macht erweitert, die politische Entscheidung zu treffen, hat er ihr überlassen. Diese politische Entscheidung ist in Leipzig nicht gefallen. Sie fällt in der nächsten Sitzung der Reichstagsfraktion.

Partei und Reichspolitik.

Die Beschlüsse des Leipziger Parteitags.

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Leipzig faßte mit großer Mehrheit die folgenden Beschlüsse:

Der Parteitag erkennt an, daß die Reichstagsfraktion unter schwierigsten Umständen die Ideen des Sozialismus und der Demokratie wirksam vertreten hat. Sie hat als Minderheit gegen eine bürgerliche Mehrheit und im ständigen Kampf gegen die unsachlichen und demagogischen Angriffe der Kommunisten die Interessen des arbeitenden Volkes gewahrt. Ihrer Tatkraft ist es gelungen, den Faschismus in die Defensive zu drängen. Der Parteitag billigt die Tätigkeit der Reichstagsfraktion.

Der Parteitag nimmt davon Kenntnis, daß die Reichstagsfraktion alsbald nach dem Erlaß der neuen Notverordnung zusammentreten und unter Berücksichtigung der gesamten politischen Situation über die Frage der Einberufung des Reichstags entscheiden wird.

Dank an die Arbeiterschaft. — Forderungen an die Regierung.

Der Parteitag spricht den sozialdemokratischen Arbeitern aufrichtigen Dank und Anerkennung aus für den mit der Entfaltung höchster Aktivität und mit größter Opferbereitschaft erfolgreich geführten Kampf gegen den Faschismus. In der weiteren Kraftentfaltung der Sozialdemokratie wird auch künftig die einzig sichere Gewähr für die Erhaltung der Demokratie liegen.

Die Demokratie ist die unerläßliche Grundlage für die Entfaltung der Menschen geworden und die Eringung geistiger Freiheit.

Dieses Ringen kann aber nur zum Erfolg führen, wenn die wichtigsten Träger des neuen Staates, die arbeitenden Schichten, in ihrer Lebenshaltung, ihren Arbeitsbedingungen und in ihren sozialen Rechten ausreichend geschützt werden. Insbesondere muß die Sozialversicherung im Zeichen schwerster wirtschaftlicher Not in ihrem Bestand gesichert und in ihren Leistungen erhalten werden. Ihre Aufrechterhaltung ist aber nur gewährleistet, wenn bei der bevorstehenden Sanierung des Reichshaushalts auch der Ausgleich der Gemeindehaushalte und des Etats der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hergestellt wird.

Nach den bisher bekannt gewordenen Plänen der Reichsregierung für eine bevorstehende neue Notverordnung sollen neue Belastungen geschaffen werden, ohne daß die neu zu erwartenden, öffentlichen Einnahmen auch nur annähernd ausreichen, um die Deckung der gemeindlichen Wohlfahrtsausgaben und des Defizits der Reichsanstalt zu ermöglichen.

Eine Sanierung der Arbeitslosenversicherung, die statt der Erschließung ausreichender Einnahmen die Ärmsten der Armen in ihrer fargen Lebenshaltung durch weiteren Leistungsabbau noch mehr herabdrückt, würde auf den entscheidenden Widerstand der Sozialdemokratie stoßen.

Ebenso wendet sich der Parteitag gegen eine Neuregelung, die auch noch aus der Versicherung bereits Ausgesteuerte mit einer Verschlechterung bedroht. Nach wie vor muß vielmehr die Bereinigung der Krisenfürsorge und der gemeindlichen Arbeitslosen-Wohlfahrtshilfe zu einer allgemeinen Reichsarbeitslosenfürsorge dringend gefordert werden.

Die Sozialdemokratie hat sich stets bereit erklärt, an der Sanierung der gesamten öffentlichen Finanzen mitzuwirken, es sind aber nicht unüberwindliche materielle Schwierigkeiten, die dem im Wege stehen, sondern politische Widerstände der Reaktion, die die Krise mißbrauchen will zur Rückwärtsverdrängung der nachkriegszeitlichen sozialen Erzeugnisse. Schon bedroht der kommende Winter Millionen der Opfer der Wirtschaftskrise mit steigender Not und wachsender Verelendung, ein weiterer Abbau der Versorgung müßte sie an die Grenze der Verzweiflung treiben!

Die Sozialdemokratische Partei wird in ihrer künftigen Haltung zur Reichsregierung sich davon bestimmen lassen, daß es gelingt, die lebenswichtigsten Arbeiterinteressen zu sichern.

Nationalsozialismus und Faschismus gefährden aufs härteste die nach der Revolution unter dem Einfluß der Sozialdemokratie gewährleistete politische Gleichberechtigung der Frauen.

Die Sozialdemokratie bekämpft entschieden die frauenrechtseindlichen Tendenzen des Faschismus. Sie bekämpft sich nach wie vor zu dem alten sozialdemokratischen Grundgedanken, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur durch den gemeinsamen Klassenkampf von Mann und Frau erreicht werden kann.

In Ablehnung der Tendenz des Faschismus, der die Menschheit einem neuen Völkermorden entgegenreißt, ruft die Sozialdemokratie die Frauen als Spenderinnen und Hüterinnen neuen Lebens auf, sich in die Front des kämpfenden Proletariats gegen Faschismus und Kriegshege einzureihen.

Die Mißbilligung des Disziplinbruchs.

Der Parteitag mißbilligt das Verhalten der neun Genossen bei der Abstimmung über den Panzerkreuzer B.

Der Parteitag fordert von den Fraktionen in allen öffentlichen Körperchaften ein einheitliches und geschlossenes Auftreten. Die Fraktionen werden ermächtigt, vor Abstimmungen den Fraktionszwang zu beschließen. Zuwiderhandlungen gelten als parteischädigendes Verhalten.

Der Inhalt der Notverordnung.

Gehaltskürzung. — Krisensteuer. — Abbau der Arbeitslosenunterstützung.

Nachdem Reichskanzler Dr. Brüning mit den Staats- und Ministerpräsidenten der deutschen Länder eine eingehende Aussprache über die von der Reichsregierung in Aussicht genommenen Sanierungsmahnahmen gehabt hatte, wurden gestern die Beratungen des Reichskabinetts fortgesetzt und am späten Nachmittag zu Ende geführt. Darauf wurde Reichskanzler Dr. Brüning von dem Reichspräsidenten zu einem eingehenden Vortrag empfangen. Die Entschlüsse des Reichspräsidenten sind für die nächsten Tage zu erwarten.

Ueber den Inhalt der Notverordnung werden folgende neue Tatsachen bekannt:

Der Finanzbedarf ist beim Reich auf 1240 Millionen Mark ermittelt worden, wozu noch mehrere Hundert Millionen bei Ländern und Gemeinden kommen. Bei dem Bedarf entfallen auf Steuerausfälle im Reichshaushalt und kleinere Mehrausgaben 582 Millionen Mark, auf die Arbeitslosenversicherung 404,04 Millionen Mark und auf die Krisenfürsorge 240 Millionen Mark.

Die Deckungsmaßnahmen der Notverordnung umfassen Ausgabenkürzungen und Einnahmeerhöhungen. Die Ausgaben-

kürzungen entfallen in eine neue Gehaltskürzung, in Ersparnisse im Reichshaushalt und Ersparnisse bei der Arbeitslosenversicherung.

Die Gehaltskürzungen umfassen einen gestaffelten Abzug von 4 bis 8 Proz. und eine Herabsetzung der Kinderzulage für das erste Kind um die Hälfte. Ihr finanzieller Gesamtverzug soll sich auf 391 Millionen Mark belaufen.

Die Ersparnisse im Reichshaushalt betragen 202 Millionen Mark. Davon entfallen 50 Millionen auf den Reichswehretat und 92 Millionen Mark auf Kürzungen bei den Kriegsbeschädigten durch eine vierprozentige Kürzung der Renten und Verminderung der Renten bei den Leichtkriegsbeschädigten. Bei der Arbeitslosenversicherung sollen schließlich durch „innere Reformen“ 309 Millionen Mark eingespart werden.

Diesen Gesamtersparnissen von 902 Millionen Mark stehen 1813 Millionen Mark Einnahmeerhöhung gegenüber, darunter die Einführung einer Krisensteuer für Lohnsteuerzahler und Veranlagungspflichtige

in Höhe von 440 Millionen Mark, die Erhöhung der Zölle

auf Mineralöl um 75 Millionen Mark, die Verdoppelung der Zuckersteuer mit einem Ertrag von 110 Millionen Mark, die Rückkehr zu den monatlichen Zahlungen bei der Umsatzsteuer in Höhe von 115 Millionen Mark und die Beseitigung der Lohnsteuererstattung in Höhe von 60 Millionen Mark. Entgegen den ursprünglichen Plänen ist die Krisensteuer in zwei Teile zerlegt worden, in eine Steuer für Lohnempfänger und eine Steuer für Veranlagungspflichtige.

Die Krisensteuer der Lohnsteuerpflichtigen
beträgt bei einem Jahreseinkommen von

| | |
|----------|---------|
| 2 400 M. | 1 Proz. |
| 8 000 | 1,5 |
| 12 000 | 3,5 |
| 18 000 | 4 |
| 36 000 | 4,5 |

Die Krisensteuer der Veranlagungspflichtigen soll
betragen bei einem Jahreseinkommen von

| | |
|----------------|-----------|
| 3 600 M. | 0,5 Proz. |
| 6 000 | 1 |
| 70 000 | 1,5 |
| 100 000 | 2 |
| 250 000 | 2,5 |
| 500 000 | 3 |
| 1 000 000 | 3,5 |
| über 1 000 000 | 4 |

Bei der Arbeitslosenversicherung ist eine Beitragserhöhung nicht vorgesehen. Die sogenannte „innere Reform“ soll umfassen:

Ausscheiden der Landarbeiter und Jugendlichen unter 21 Jahren aus der Versicherung, Einführung der Bedürftigkeitsprüfung für Ehefrauen, Herabsetzung der Unterstützungsdauer für Saisonarbeiter um sechs Wochen, Verschärfung der Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge und vor allem eine allgemeine Kürzung aller Leistungen der Versicherung und Krisenfürsorge um 5 Proz.

Wenn diese Angaben über den Inhalt der Notverordnung zutreffend sind, dann kommen wir in eine überaus ernste politische Lage. Der Beschluß des Sozialdemokratischen Parteitag, daß unmittelbar nach Vorliegen der Verordnung die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zusammentreten soll, um über die Haltung der neu geschaffenen Lage zu beschließen, entspricht nach dieser Mitteilung dem dringenden Gebot der Stunde. Die bei der Beratung des Berichts der Reichstagsfraktion angenommenen Anträge haben die Gesichtspunkte umrissen, die für die Fraktion bei dem Kampf um den Schutz und die Erhaltung der Sozialpolitik richtunggebend sein werden.

Faschismus und Katholizismus.

Ein zweideutiger Beschluß des Obersten Faschistenrats.

Rom, 3. Juni.

Ueber die Sitzung des Direktoriums der Faschistischen Partei, an der auch die Unterstaatssekretäre des Innen- und des Volksziehungsministeriums, ein Vertreter des Korporationsministers und der Generalkonferenz der Mili teilnahmen, ist in den späten Abendstunden eine amtliche Mitteilung ausgegeben worden, in der es u. a. heißt:

Das Parteidirektorium erzieht in dem eindrucksvollen Erfolg der letzten inneren Anleihe einen neuen feierlichen Beweis für die Reichweite der tatsächlichen Zustimmung, auf die die Herrschaft rechnen kann. Sie wendet sich an die Masse der Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft, die in der Krise vollkommenen Disziplin bewahren. Das Direktorium erklärt unter gleichzeitiger tiefer Achtung für das oberste Haupt der Kirche, ihre Geistlichen und Gottesdiener ausdrücklich, daß es nicht dulden wird, daß der übrige gebildete und bisher verschonte Antifaschismus irgendwo Unterschluß findet. Das Parteidirektorium bestellt den Leitern der 9000 faschistischen Verbände Italiens, ihre Tätigkeit nach diesen Richtlinien einzustellen.

Der Papst verlangt Entschuldigung —

von Mussolini.

Rom, 3. Juni. (Eigenbericht.)

Der Papst verlangt in einer Protestnote von der italienischen Regierung formelle Entschuldigungen für die Angriffe auf die „Katholische Aktion“, vor allem für die Verletzung der Exterritorialität durch Eindringen in päpstliche Gebäude wie das der Apostolischen Kanzlei, sowie für die Beleidigungen und Schmähungen. Darüber hinaus fordert er Entschuldigung für die Zerstörungen in katholischen Vereinsthäusern.

Papst Pius XI. wandte sich in seiner gestrigen Rede vor dem Römischen Missionar-Klub für italienische Auswanderer in sehr scharfer Form gegen die Auflösung aller nicht direkt der faschistischen Partei unterstehenden Jugendverbände, mit deren Antündigung am Montagabend die Polemik um die katholische Aktion in der italienischen Presse verstummt ist. Wenn in dem Kommuniqué über die Auflösung, so führte der heilige Vater aus, davon gesprochen werde, sie sei ohne den geringsten Zwischenfall erfolgt, so brauche man nur an die „Zwischenfälle, Schmähungen, Sequestrierungen und Vandalismen“ zurückzudenken, die in der letzten Zeit in großen und kleinen Städten Italiens und selbst in Gebäuden vorgekommen seien, die den Schutz der Exterritorialität genießen. Weiter beschwerte sich der Papst darüber, daß gegen männliche und weibliche Mitglieder der katholischen Jugendverbände, für die er mit seiner Verantwortung immer einstehe, so vorgegangen werde, als ob sie staatsgefährliche Personen seien. Die katholische Aktion stehe unter dem Schutz eines Vertrages, der Staatsgesetz geworden sei, während jetzt mit Polizeimahnahmen gegen sie vorgegangen werde. Artikel 43 des Konfessionsbundes hätte sie mindestens gegen einseitige Willkür schützen müssen. Ferner wies der Papst sehr bestimmt den Verdacht zurück, daß die katholischen Mädchenverbände Politik treiben. Schließlich sprach er von einer Verletzung des natürlichen Rechts der Vereinsbildung und von der Verletzung des kirchlichen Rechts, die Jugend zu bilden und zu führen, wie auch von der Annahme jener, die selbst den religiösen Unterricht monopolisieren wollen, während man deutlich sehe, daß zum Haß, zur Gewalt und zur Unehrbarkeit, ja zur Trivialität erzogen werde.

Schwerindustrie als Provokateur.

Sie will Diktatur, weitere Lohnsenkung, Zerstörung des sozialen Arbeitsrechts.

Während der sozialdemokratische Parteitag in Leipzig die Forderung nach einer zielbewußten Krisenbekämpfungspolitik im Interesse der Massen die Bevölkerung aufgestellt hat, haben die rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen auf einer Tagung des Langnamvereins in Düsseldorf ihre Zukunftsvision entwickelt. Sie entspricht dem bisherigen provokatorischen Verhalten der Scharfmacher.

Sie wollen ein „überparteiliches“ Regierungsdirektorium mit Diktaturgewalt. Sie wollen noch höheren Schutz, Ermäßigung der Steuern auf Besitz und Vermögen, Abbau der Sozialpolitik. Der wichtigste Punkt ihrer Forderungen aber ist „Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit der privaten Wirtschaft und die Beschränkung der regierenden Stellen auf wirkliche und reine Staatshoheitsrechte.“ Zu gut deutsch ausgedrückt heißt das Beseitigung der Lohnstarife, Zerschlagung der Schlichtungsordnung, des ganzen Arbeitsrechts, noch stärkeren Druck auf die Löhne, womit die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters auf den Lebensstandard des russischen Arbeiters sinken würde.

Der Standard des russischen Arbeiters — das ist ihr Ideal! Die Herren sind in Rußland gewesen, und der Staatskapitalismus nach Stalins Rezept hat sie entzückt! Hier ist die Quelle der Programmpunkte des Herrn Bögl, der Ruf nach Kapitalbildung und Selbstfinanzierung! Wie ein gewaltiger, vornehmlich schwerindustrieller Produktionsapparat in Rußland aus den Knochen der Arbeiter erbaut wird, so wollen sie den Turm des deutschen schwerindustriellen Produktionsapparats auf Kosten der Verelendung der deutschen Arbeiter ins Gigantische weiter bauen!

Aber nicht für den Staat wie in Rußland, sondern für sich selbst! Was sie wollen, das ist der Stalinismus ins Faschistische übertragen, nicht Stalinismus, sondern Stahlhelmismus!

„Wir müssen uns emporhungen“ — so sagt Herr Reusch nach dem Muster Stalins. In dies „Wir“ begreift er sich und seinesgleichen nicht ein! Er sagt namens der Scharfmacher den deutschen Arbeitern: Ihr müßt uns emporhungen!

Der gigantische Turm der deutschen Schwerindustrie, das

Gewicht des übersehten Produktionsapparats mit seiner Ueberkapazität und Ueberkapitalisierung erdrückt die deutsche Wirtschaft, verhindert die Lösung der Krise. Die Tatsache, daß die Lohnsenkung die Zahl der Arbeitslosen um anderthalb Millionen vermehrt hat, hat die Theorie von der Krisenbekämpfung durch Lohndruck längst widerlegt. Aber die Herren wollen nicht die Lösung der Krise! Sie wollen sie weiterreiben, um Deutschland zu einer Satrapie der Kohlen- und Eisenerz zu machen. Sie handeln nicht nach volkswirtschaftlichen, sondern nach machtpolitischen Gesichtspunkten! Der Industriefaschismus ist ihr Ziel.

Sie rufen nach einer Senkung der Reparationen, nicht im Interesse des Volkes, sondern in ihrem Privatinteresse. Nicht die Massen des Volkes sollen dadurch entlastet werden, sondern sie selbst. Sie wollen die äußere Reparationslast verwandeln in eine innere Reparationslast zugunsten der Schwerindustrie! Sie wollen eine Staatssubvention in Gestalt von Steuerbefreiung! Als Gegenstück zur Osthilfe schwebt ihnen in dieser Form eine Westhilfe für die Schwerindustrie vor.

Die jetzige Führung der Schwerindustrie, diese Stahlhelmgeneration, ist der Krebschaden der deutschen Politik und Wirtschaft! Riefengroß ist die Schuld, die sie in Politik und Wirtschaft auf sich geladen hat. Sie ist das Element der Krisentreiberei, die Quelle der politischen Zerrissenheit, die Nährmutter des Faschismus! Ihr Scharfmachertum hemmt eine zielbewußte Krisenbekämpfung. Aus Klassenhaß gegen die Arbeiterschaft steuert sie immer tiefer in die Krise. Möge sie das Ende bedenken! Wenn die Krise zur Katastrophe wird, wird sie als erste untergehen!

Ihr Programm bedeutet: Noch mehr Arbeitslosigkeit! Gegen diese tolle Politik gibt es nur ein festes Bollwerk: die festgefühten Organisationen der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften. Sie kämpfen für die Erhaltung des Volkes und der Wirtschaft — die Schwerindustrie aber will Volk und Wirtschaft zerstören um ihrer Machtträume über die Arbeiterschaft willen.

Die Positionen sind klar: hier der Leipziger Parteitag, dort die Tagung des Langnamvereins, hier die Politik des Beuges aus der Krise — dort die verantwortungslose Krisentreiberei, die Politik der sozialen Provokation!

Berthelmer ange stellt.

Aber in eine andere Völkerbundsabteilung versetzt.

Genf, 3. Juni. (Eigenbericht.)

In der Frage der endgültigen Einstellung Dr. Berthelmers in der Informationsabteilung des Völkerbundsekretariats nach Ablauf seines Probejahres hat der Anstellungsausschuß am Mittwoch die Entscheidung gefällt. Sie geht, soweit bekannt wurde, dahin, daß Berthelmer zwar seinen endgültigen Vertrag erhält, aber in einer anderen Abteilung des Sekretariats ungefähr gleichwertig verwandt werden soll.

Der unerwartete, vor dem grinsenden Nationalismus des Auslandes geführte Kampf deutscher Nationalisten gegen den Sozialdemokraten Berthelmer ist in der Hauptsache gescheitert. Zwar verläßt er die Informationsabteilung, vom deutschen Auswärtigen Amt nicht genügend gegen die Treibereien gedeckt. Aber der Versuch, ihn aus dem Sekretariat des Völkerbundes zu entfernen, ist zusammengebrochen. Berthelmer erhält, nach einjähriger Tätigkeit, seinen auf sieben Jahre lautenden Anstellungsvertrag.

Die neue Stennes-Partei.

Nationalsozialistische Kampfgemeinschaft Deutschlands.

Die früheren Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei, Hauptmann Stennes und Dr. Otto Straßer, teilen mit: „Wir sind seinerzeit aus der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Adolf Hitlers ausgetreten, weil die Entwiklung dieser Partei zum Berrat am Nationalismus und Sozialismus geführt hat. Nachdem die organisatorischen Anfangsschwierigkeiten überwunden sind, haben wir uns zu gemeinsamer Arbeit als Nationalsozialistische Kampfgemeinschaft Deutschlands zusammengeschlossen. Hauptmann Stennes übernimmt in der Gesamtbewegung die Reichs-SS-Führung.“

Spanische Regierungsbeschlüsse.

Wahl der Nationalversammlung Anfang Juli.

Madrid, 3. Juni. (Eigenbericht.)

Der bis in die späten Abendstunden hinein andauernde Ministerrat fasste eine Reihe sehr wichtiger Beschlüsse. So wurden die beiden höchsten Posten für Spanisch-Marokko besetzt, das Oberkommissariat und das Kommando der Truppen. Ueber die Namen der beiden ernannten Männer wird noch Schweigen bewahrt. Die marokkanischen Streitkräfte wurden um 4 Generale, 163 Offiziere, 8800 Mannschaften und Unteroffiziere vermindert.

Um das Ansteigen der Preise infolge der Feselen-Panik zu verhindern, ist eine interministerielle Kommission gebildet worden. Die Ausfuhr von Reis, Kartoffeln, Trodenngemüse, Vieh und Fleisch wurde sofort verboten.

Der Finanzminister teilte mit, daß er den Privatbanken aufgegeben habe, binnen 48 Stunden ein vollständiges Register ihrer Bestände an Devisen und Gold sowie der bei ihnen während der letzten drei Jahre hinterlegten Deposten abzuliefern.

Der Ministerrat befaßte sich dann noch mit dem in einigen Tagen zu erlassenden Dekret über die Anberaumung der Wahl. Es bleibt bei dem 28. Juni als Hauptwahltermin. Am 5. Juli wird eine Nachwahl in den Fällen erfolgen, in denen wegen allzu großer Parteizersplitterung von der Liste der relativen Mehrheit nicht die vorgeschriebenen mindestens 20 Proz. der Gesamtstimmen erreicht sein sollten. Am 9. Juli ist offizielle Stimmentzählung für das ganze Land, am 13. Juli vorbereitende Sitzung der Nationalversammlung und am 14. Juli, genau drei Monate nach dem Umsturz in Spanien, die Eröffnungssitzung.

Berlin im Krisensturm.

Von Bruno Asch.

Der Haushaltsplan der Stadt Berlin wird der Stadtverordnetenversammlung mit erheblicher Verspätung vorgelegt. Die Verzögerung ist auf die Unübersichtlichkeit der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung, insbesondere aber auf die erst vor wenigen Wochen erfolgte Neuwahl für den Magistrat zurückzuführen. Das Bild des Etats 1931 ist in Reich, Ländern und Gemeinden unerfreulich und gibt überall zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß. Auch der Haushaltsplan für Berlin spiegelt in seinen Ziffern auf der Einnahmen- und Ausgabenseite die gegenwärtige schwere Krise deutlich wider. Schon das Jahr 1930 hat Berlin vor bisher ungeahnte Schwierigkeiten gestellt. Der Jahresabschluss 1930 wird einen Fehlbetrag von 70 bis 80 Millionen Mark aufweisen. Trotz höchster steuerlicher Anspannung war eine Deckung nicht zu erzielen, die Zahlungsbereitschaft der Stadt nur durch Aufnahme kurzfristiger Kassenkredite zu gewährleisten. Für das Jahr 1931 muß mindestens mit einem Defizit in ähnlicher Höhe gerechnet werden wie 1930, obwohl inzwischen durch weitgehende Einschränkungen und Gebaltsabbau eine erhebliche Bedarfsminderung auf den verschiedensten Gebieten eingetreten ist und die Notverordnungssteuern in noch stärkerem Umfang ausgeschöpft werden sollen als es bisher der Fall war.

Das Schmergewicht der finanziellen Not der Stadt liegt bei den Aufwendungen für die Wohlfahrtspflege. Mit einem Zuschußbedarf von rund 352 Millionen Mark erfordern die Wohlfahrtsleistungen etwa 70 Proz. des veranschlagten Steueraufkommens. Während der Berliner Anteil an der Einkommens- und Körperschaftsteuer im Jahre 1924 ausgereicht haben würde, um die damaligen Wohlfahrtsleistungen der Stadt zweimal zu decken, müssen im Jahre 1931 nicht weniger als 413 Proz. des Aufkommens aus der Einkommens- und Körperschaftsteuer zur Verfügung gestellt werden, um den Wohlfahrtsausgaben auszugleichen. In diesen Ziffern kommt nicht nur die untragbare Schwere der den Kommunen gesetzlich auferlegten Fürsorgeleistungen und die Tatsache, daß gegenwärtig die Gemeinden in erster Linie die Träger der Lasten aus der Arbeitslosigkeit sind, zum Ausdruck, sondern auch die beispiellose Benachteiligung der Großstädte — vor allem Berlins — bei der Gestaltung der Finanzausgleichsgebung. Das Aufkommen bei der Einkommens- und Körperschaftsteuer im Reich betrug im Jahre 1924 2,5 Milliarden Mark. Davon erhielt Berlin 100,8 Millionen. Das Reich schätzt in seinem Etat das Aufkommen für 1931 auf 3,2 Milliarden, also etwa 25 Proz. mehr als 1924. Der Anteil Berlins aber sinkt auf 85,4 Millionen, beträgt demnach 15 Proz. weniger als 1924. In der gleichen Zeit sind die Wohlfahrtsausgaben der Stadt Berlin im Verhältnis 1:6,5 gestiegen.

Diese oft erörterte Benachteiligung Berlins zeigt sich aber nicht nur bei der Einkommens- und Körperschaftsteuer, bei der Hauszinssteuer, Kraftfahrzeugsteuer und der Umsatzsteuer, sondern im Jahre 1931 auch in folgenswerter Weise bei der Realsteuerenkung auf Grund der Bestimmungen der Notverordnung. Zum Zwecke der gesetzlich vorgeschriebenen Realsteuerenkung und für den preußischen zentralen Baufonds liefert Berlin an den Freistaat Preußen aus seinem bisher örtlich für Wohnungsbauzwecke verfügbar gemessenen

Anteil an der Hauszinssteuer weitere etwa 50 Millionen Mark ab. Da Berlins Sätze bei der Gewerbesteuer unter dem preußischen Bundesdurchschnitt bleiben, erhält die Stadt Berlin für die Zwecke der Gewerbesteuerentlastung keine Reichsmark, für die Grundsteuerentlastung bei land- und forstwirtschaftlich benutztem Besitz 150 000 M. Außerdem erstmalig einen Betrag von etwa 15 Millionen aus dem Wohnungsbaufonds. Der Erfolg der Bemühungen der Stadt Berlin, die Gewerbesteuer relativ niedrig zu halten, hat also unter der Wirkung der preußischen Finanzausgleichs-Gesetzgebung zu einer erneuten schweren Schädigung Berlins um weitere etwa 45 Millionen Mark geführt. Daß unter diesen Umständen eine schwerwiegende Zuspitzung der Verhältnisse des Berliner Haushaltsplans eintreten mußte, ist offensichtlich.

Es bleibt nichts übrig, als durch die einschneidendsten Sparmaßnahmen den Fehlbetrag auf das unvermeidliche Maß zu beschränken und ihn so zu begrenzen, daß bei Anspannung aller Kräfte Kassen Schwierigkeiten vermieden werden können. Alle Gebiete der städtischen Verwaltung sind an diesen Einschränkungsmaßnahmen beteiligt. Sie haben leider dazu genötigt, kulturell, sozial und wirtschaftlich höchst bedauerliche Abstriche vorzunehmen, die Entwicklung der kommunalen Arbeit wesentlich einzuzengen, auf vielen Gebieten stillzustehen, bei nicht wenigen sehr unerfreuliche Rückschritte in Kauf zu nehmen. An dem harten Zwang der finanziellen Tatsachen vorüberzugehen oder den vollen Ernst der gegenwärtigen Situation außer acht zu lassen, Vogel-Strauß-Politik zu treiben, ist unmöglich. Es ist um so notwendiger, daß wir uns diese einschneidenden Beschränkungen auferlegen, weil nur auf diese Weise die Aussicht dafür gegeben ist, die der kommunalen Fürsorge anvertraute Riesenzahl notleidender Menschen mit dem lebenswichtigen Bedarf zu versorgen. Die Bereitstellung von nicht weniger als rund 160 Millionen Mark für die Wohlfahrtserwerbslosen erscheint wichtiger und dringender als jede andere Ausgabe. Diesen Erfordernis mußte sich in dem Haushaltsplan 1931 die gesamte kommunale Politik unterordnen. Ihr zuliebe müssen die schmerzhaft empfundenen Abstriche bei den Ausgaben und die schwere Opferfordernde Erhöhung der Einnahmen ertragen werden.

Es wäre aber Selbsttäuschung, anzunehmen, daß mit dem Krisenjahr 1931 die Periode der Einschränkungen und der Verzichte abgeschlossen sein wird. Es ist zu befürchten, daß — selbst wenn die gegenwärtige Krise sich wesentlich mildert — noch auf Jahre hinaus mit schwerwiegenden Folgewirkungen dieser Wirtschaftszerrüttung zu rechnen ist. Ganz davon abgesehen, wird der Haushalt der Stadt Berlin in den nächsten Jahren unter der Abtragung der Fehlbeträge 1930 und 1931 schwer zu leiden haben, so daß wir uns auf Jahre der rigorosen Sparsamkeit und der strengen Selbstbeschränkung einrichten müssen. Unter diesen Umständen wird es unsere dringendste und wichtigste Aufgabe sein, an eine sorgfältige und planmäßige Ueberprüfung des gesamten Aufgabentranges der Stadt heranzutreten, das für die Zukunft Wichtige und Lebensnotwendige zu erhalten und zu entwickeln. Weniger Wichtiges aber — mag es auch in einzelnen Fällen noch so schmerzhaft sein — wird unter diesen Umständen aufgegeben und geopfert werden müssen. Eine scharfe und sorgfältige Kontrolle der Gesamtverwaltung auf ihre Wirtschaftlichkeit und die Zweckmäßigkeit der geleisteten Ausgaben muß zudem der Bekämpfung Berlins in Zukunft die feste Ueberzeugung geben, daß die schweren steuerlichen Leistungen, die von ihr gefordert werden, in vernünftiger, dem Wohle des Ganzen dienender Weise, Verwendung finden. Neben dieser schweren Aufgabe im eigenen Hause aber steht die dringende Notwendigkeit, bei den Reichs- und Landesparlamenten endlich Verständnis dafür zu wecken, daß die Lebensbedürfnisse der Großstädte, insbesondere Berlins bei der gegenwärtigen Regelung der Finanzausgleichs-Gesetzgebung nicht ausreichend bedrückt werden können und daß schwerster politischer und wirtschaftlicher Schaden entstehen muß, wenn nicht endlich eine Aenderung der unerträglich gewordenen Zustände eintritt.

Grandi über Deutschlands Lage.

Italiens Stellung gegen die Zollunion kein feindseliger Akt.

Rom, 3. Juni. (Eigenbericht.)

Im Senat hielt Außenminister Grandi heute Abend seine große Rede. Sie war besonders interessant wegen der Erklärungen über die letzte Genfer Tagung und über deutsche Reparationsverpflichtungen. Eingangs verteidigte Grandi das italienische Wirtschaftsabkommen mit Rußland und Italiens Stellungnahme zum Flottenabkommen. Er sagte, er wolle es noch nicht glauben, daß alle Flottenverhandlungen vergeblich gewesen seien. Er wünsche aufrichtig, daß Frankreichs Antwort auf die letzte Note die Schwierigkeiten in dieser Frage beseitigt. Dann gab Grandi eine eingehende Darstellung des deutsch-österreichischen Zollplanes und seiner Verhandlungen in Genf. Italiens gegnerische Stellungnahme dazu bedeute keine feindselige Boreingenommenheit. Was Deutschland insbesondere angehe, so folge Italien mit Sympathie den Anstrengungen des deutschen Volkes, sich in der Welt den Platz zu erringen, den es nach Geschichte, Zivilisation und Volkstugenden mit Recht verdiene. „Wir glauben — erklärte Grandi —, daß ein politisch ruhiges, wirtschaftlich befriedigtes Deutschland ein nützliches und sogar ein unentbehrliches Element des Gleichgewichtes für den europäischen Frieden ist. Wir ziehen durchaus den Druck der internationalen Verpflichtungen in Betracht, den das Reich auf seine Wirtschaft zu erdulden hat und wir tragen vollkommen der Notwendigkeit der deutschen Regierung Rechnung, wenn sie Abhilfe sucht. Die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands gehören zu den schwersten Ursachen der wirtschaftlichen und politischen Krise Europas.“ Diese Ueberzeugung Italiens sei nicht von heute. Zum Schluß behandelte Grandi noch die Schiedsgerichtsverträge und die Sorge um die kommende Abrüstungskonferenz. 20 Millionen Arbeitslose in aller Welt seien zweifellos die Folge der jetzigen Rüstungspolitik, die mehr Geld verschlinge, als je zuvor.

Boulevardpresse in Leipzig.



„Es niest einer. Berichten wir: Neue Sturmszene auf dem Parteitag!“

Rußland und Frankreich.

Verhandlungen über Nichtangriffspakt bestätigt.

Paris, 3. Juni. (Eigenbericht.)

Die kürzlich in einer hiesigen russischen Emigrantenzeitung verbreitete Meldung von einer Wiederaufnahme der französisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen ist heute halbamtlich bestätigt worden. Der stellvertretende Volkskommissar für den Handel wird in den nächsten Tagen in Paris erwartet, um die Verhandlungen zu führen.

Zu gleicher Zeit soll auch über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Frankreich und Sowjetrußland verhandelt werden.

Keine Ausdehnung auf Frankreichs Bundesgenossen
Moskau (über Kowno), 3. Juni.

Wie die T.U. von gutunterrichteter Seite erfährt, werden die Handelsvertragsverhandlungen Sowjetrußlands in Paris vollkommen unabhängig von den politischen Verhandlungen über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes geführt werden. Jedoch dürfte es wohl noch gute Weile haben, bis die Verhandlungen greifbare Gestalt gewinnen. Der französische Botschafter in Moskau, Herbetie, der Mitte Mai nach Moskau zurückkehren wollte, weil zur Zeit noch in Frankreich. Seine Rückkehr wird etwa Mitte Juni erwartet. Erst danach dürften die Verhandlungen weiter fortgeschritten.

Die russische Einstellung zu dem Nichtangriffspakt mit Frankreich kann im übrigen wie folgt formuliert werden: 1. Der Pakt soll von den zwei Partnern

ohne Rücksicht auf Dritte

abgeschlossen werden; 2. der Pakt soll nicht ausgedehnt werden auf die Verbündeten Frankreichs, also etwa auf Polen, Südsibirien und Rumänien; 3. er soll nicht nur einen militärischen Nichtangriffspakt, sondern auch einen wirtschaftlichen Vertrag umfassen; 4. Moskau lehnt den Völkerbund und das Gericht im Haag als Schiedsgericht ab; 5. alle politischen Fragen zwischen Rußland und Frankreich sollen nach dem Muster der deutsch-russischen Konvention geregelt werden;

Franzosen fliegen über deutsche Küste?

Ein Militärflugzeug notlandet bei Kaiserslautern.

Norderney, 3. Juni.

Drei französische Kriegsflugzeuge haben sich heute vormittag über der Deutschen Bucht aufgehalten. Einer derselben lag dabei über Norderney. Auch an anderer Stelle sind, wie wir von zuständigen Stellen erfahren, die fremden Flugzeuge bemerkt worden, so um 3,55 Uhr morgens von Bord des Stationsstenders Frauenlob über dem Vortrapp-Tief südlich der Insel Sylt in 150 Meter Höhe, um 9,35 Uhr wurden der Kommandantur Borkum zwei Flugboote südlich der Insel Memmert gemeldet. Um 9,45 Uhr überflogen zwei Flugboote den Hafen von Borkum, gleichzeitig wurde ein Doppeldecker über der Insel Juist gesichtet.

Kaiserslautern, 3. Juni.

Ein französisches Militärflugzeug, das mit zwei Unteroffizieren besetzt war, ging heute nachmittag gegen 12½ Uhr bei Enkenbach nieder. Die Gendarmerie Enkenbachs nahm beide Insassen fest, die dann später von der Schutzpolizei Kaiserslautern dorthin übergeführt wurden. Die Militärsieger erklären, auf dem Wege nach Weisenburg gewesen zu sein, wobei sie die Orientierung verloren haben. Gleichzeitig haben zwei andere Flugzeuge die Gegend überflogen. Man nimmt an, daß es sich auch hierbei um französische Maschinen gehandelt hat.

Schon vor mehreren Tagen hatten sich französische Militärsieger verfliegen und waren bei Schweinfurt niedergegangen. Kurz darauf wurden französische Militärflugzeuge über Rohl gemeldet; von französischer Seite wurde auf die deutschen Vorstellungen hin allerdings betont, daß eine besondere Kontrolle eingerichtet gewesen sei und die französischen Kriegsflieger auf elfständigem Gebiet geblieben seien. Nachdem nun bei Kaiserslautern wieder eine Notlandung eines französischen Militärsiegers stattgefunden hat, ist festzustellen, daß die Fliegerläufigkeit an den deutschen Grenzen höchst unerwünscht ist. Wir nehmen an, daß der französischen Außenpolitik diese Zwischenfälle unwillkommen sind — der Leitung der französischen Kriegsfieger aber muß gründlich klargemacht werden, daß solche Zwischenfälle zu vermeiden sind. Und sie können ein für alle Male dadurch unterbunden werden, daß

6. vor allem will die Sowjetregierung keinerlei Verhandlungen eingehen, die in Beziehung zu einem etwaigen deutsch-französischen Zusammenstoß stehen könnten. Das gleiche gilt auch bezüglich der Garantie der östlichen Grenze Frankreichs oder der westlichen Grenze Polens.

Interpellation über den Stahlhelmmummel.

Paris, 3. Juni. (Eigenbericht.)

Der der Fraktion des Kriegsministers Maginot angehörende Abg. Barin hat in der Kammer eine Interpellation eingebracht, in der er die Regierung um Auskunft über die Maßnahmen bittet, die sie nach der Kundgebung der Stahlhelmeute nahe der polnischen Grenze in Gegenwart zahlreicher Generale und Fürsten der ehemaligen deutschen Dynastien zu ergreifen gedenkt.

Stahlhelmtag und Parteitag.

Léon Blum klärt die Franzosen auf.

Paris, 3. Juni.

Im „Populaire“ hält Léon Blum der rechtsstehenden französischen Presse vor, daß sie zwar die Stahlhelmtagung in Breslau groß aufmache, aber den sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig so gut wie übergehe: Gemäß sind „150 000 Faschisten vom Typ Hitlers“ am Sonntag in Breslau im Paradezug vor dem früheren Kronprinzen, Rademsen und von Seck vorbeimarschiert, aber am gleichen Sonntag zur gleichen Stunde haben sich 150 000 sozialistische Arbeiter in Leipzig gelegentlich des Parteitages um ihre Führer und die Vertreter der sozialistischen ausländischen Parteien geschart. Beide Schaulustigen hielten sich mindestens die Waage. Das eine werde jedoch vollkommen im Dunkeln gelassen, das andere aber hervorgerollt und in erschreckenden Farben ausgemalt. Wer also, fragt Blum, mißbraucht die öffentliche Meinung und wer fälscht die Wahrheit?

Jämliche Kriegsflugzeuge den Befehl erhalten, keinerlei Raunöner in der an der deutschen Grenze anstoßenden Zone abzuhalten.

Was die Meldung über das Ueberfliegen des norddeutschen Küstengebietes durch französische Marinesflugzeuge anlangt, so wollen wir bis zum Eingang näherer Einzelheiten annehmen, daß es sich um Irrtümer der beobachtenden Stellen handelt; eine Verwechslung der französischen mit den holländischen Farben liegt hier besonders nahe. Sollten jedoch die Mitteilungen über die Nationalität der zum Teil sehr niedrig fliegenden Wasserflugzeuge zutreffen, so wäre ein solcher Besuch — am Tage vor der Fahrt der deutschen Reichsminister nach England auf dem Wege über die Nordsee — eine militärische Provokation, die um so auffälliger wirkt, als es sich um einen Uebergriff gegen einen Staat handelt, der eine Kriegsluftfahrt nicht besitzt. Vorläufig aber erfordert die Erinnerung an die Fliegerpsychologie vom August 1914, daß zunächst einmal die Tatsachen zweifelsfrei festgestellt werden.

Gontard im Verhör.

Das Wiederaufnahmeverfahren gegen Bulferjohn.

Leipzig, 3. Juni. (Eigenbericht.)

Im dem Wiederaufnahmeverfahren gegen Bulferjohn hat am Mittwoch die Vernehmung des Herrn von Gontard durch den Reichsgerichtsrat Coenders begonnen. Nach Ansicht des Reichsgerichts ist es unzulässig, daß die Prozeßbeteiligten der Vernehmung beimohnen. Infolgedessen nahm der Oberreichsanwalt an dem Termin nicht teil, und auch der Verteidiger Dr. Kurt Rosenfeld, der im Reichsgericht erschienen war, wurde nicht zugelassen. Bezüglich die von dem Verteidiger schriftlich eingebrachten Fragen wurden dem Zeugen vorgelegt. Erst nach dem Abschluß der Vernehmungen des Zeugen wurden dessen Aussagen dem Oberreichsanwalt und dem Verteidiger zugänglich gemacht, die sich dann beide zur weiteren Behandlung des Wiederaufnahmeantrages äußern können.

Neuer Vorken für Bucharin. Beim Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion ist eine besondere Abteilung für produktionstechnische Propaganda gebildet worden. Die Abteilung soll die technische Ausbildung der Sowjetarbeiter durch Vorträge und Literatur fördern. Zum Leiter der Abteilung ist Bucharin ernannt worden.

Berlin ringt sich durch!

Programm des Stadtkämmerers / Weg mit dem Unrecht / Appell an Reich und Staat

In der gestrigen Sitzung des Stadtparlaments, in der wieder bestellte Madamacher die Arbeit zu stören versuchten, brachte der Stadtkämmerer, Genosse Bruno Wsch, den Haushaltsplan für das laufende Etatsjahr ein. Berlin zahlungsfähig zu erhalten, um Löhne, Gehälter und soziale Unterstützungen auch in der schwersten Krise weiter auszahlen zu können, ist die Aufgabe, die es zu lösen gilt. Die sachlichen, klugen und von hoher Verantwortung getragenen Ausführungen des Kämmerers wurden oft von den Anhängern der Nabauparteien unterbrochen, wobei die Störer im Plenum und auf der Tribüne sich eifrig sekundierten. Schreien können diese Maulhelden alle ausgezeichnet, keiner der Fächer aber weiß einen besseren Weg zu weisen. Im Rathaus wird in den nächsten Tagen und Wochen mit Hochdruck gearbeitet werden müssen, um den Etat der Viermillionsstadt unter Dach und Fach zu bringen. Für morgen und Sonnabend sind bereits vom Vorsteher außerordentliche Stadtverordnetenversammlungen angefahrt worden. Trotz aller Deckungsversuche und rigoroser Sparmaßnahmen bleibt im Etat ein Defizit von 92 Millionen. Dabei wachsen die Sozialausgaben der Riesstadt, in der jeder Verelendete, jeder Abgerissene noch Unterschlupf zu finden hofft, von Tag zu Tag. Und die Steuereingänge gehen weiter zurück! Wie lange wollen Reich und Staat noch mit der dringenden Hilfe warten?

Die Rede des Stadtkämmerers

Genosse Wsch führte aus:
Der Haushaltsplan schließt in der Ordentlichen Verwaltung mit 1.098.000.000 M. ab gegenüber 1.115.000.000 M. im Jahre 1930, in der Außerordentlichen Verwaltung mit 287,3 Mill. M. gegen 44,9 Mill. M. im Jahre 1930. Auf allen Gebieten der städtischen Verwaltung sind einschneidende Sparmaßnahmen durchgeführt, die den Haushaltsbedarf der einzelnen Kapitel zum Teil erheblich gesenkt haben. So haben sich die laufenden Aufwendungen für die Bauverwaltung von 38,6 Mill. auf 34,6 Mill., für das Wohnungs- und Siedlungswesen von 141 Mill. auf 79,5 Mill. (wegen Wegfall eines erheblichen Teils der Hauszinssteuer), im Schulwesen von 148 Mill. auf 132,7 Mill., im Gesundheitswesen von 125,6 Mill. auf 115,6 Mill. gesenkt. (Hört, hört im Hause.)

Alle Ersparnismaßnahmen aber sind in ihrer Wirkung mehr als ausgeglichen durch den ständig steigenden Bedarf des Wohlfahrtsstats, der für das Jahr 1931 den gewaltigen Zuschußbedarf für Wohlfahrtserwerbslose in Höhe von 158 Mill. vorsieht gegenüber einem Voranschlag für 1930 von 46 Mill. und einer Ist-Ausgabe für 1930 von 78 Mill. M. Durch diese Entwidlung der Wohlfahrtserwerbslosigkeit und die gleichzeitig steigenden Zahlen der übrigen Hilfsbedürftigen steigt der gesamte Wohlfahrtsaufwand der Stadt auf einen Zuschußbedarf von 352 Mill. M.

Das ist mehr als der 6½fache Betrag des Jahres 1924. (Lärm bei den Komm. und Nazis.)
Während die Aufwendungen der Stadt, insbesondere auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege, seit der Stabilisierung der Währung

eine ständig steigende Tendenz zeigen, hat sich die Finanz- ausgleichsgesetzgebung fortgesetzt zugunsten der Stadt verschlechtert. (Sehr richtig! bei den Soz., Lärm bei den Komm.)

Das Unrecht an Berlin.

Bei allen finanziellen Ausgleichsmaßnahmen zeigt sich die einseitige Wirkung gegen Berlin. Bei der Hauszinssteuer sind die bisherigen Verhältnisse bekannt. Sie sind empfindlich verstärkt durch die neuen, im Jahre 1930 erlassenen Bestimmungen der Rotorordnung und der Preussischen Finanzausgleichsgesetzgebung.

Berlin liefert aus seinem bisherigen Wohnungsbauanteil weitere annähernd 60 Mill. M. an die preussischen Ausgleichsfonds zur Realsteuerentlastung und zum Wohnungsbau.

Da die Realsteuerentlastung in Preußen nicht schematisch, sondern nur bis auf den Landesdurchschnitt erfolgt und Berlin bei der Gewerbesteuer unter dem Landesdurchschnitt bleibt, erhält es bei der Gewerbesteuerentlastung überhaupt keine Rückvergütung, bei der Grundvermögenssteuerentlastung eine Vergütung von rund 150.000 M. Wenn auch in diesem Jahre erstmalig ein größerer Betrag aus dem Wohnungsbau-Ausgleichsfonds der Stadt Berlin zusteßen wird, so bleibt doch eine erneute Schädigung der Reichshauptstadt um rund 45 Mill. M. festzustellen.

Bei der Kraftfahrzeugsteuer wird Berlin, obwohl es nach seinem ungewöhnlich hohen Aufkommen und der Größe des Stadtgebietes Anspruch darauf hätte, wie eine preussische Provinz

behandelt zu werden, erheblich beeinträchtigt, so daß die Berliner Straßenzustände sich fortgesetzt verschlechtern und wesentlich hinter denen zahlreicher Provinzen zurückbleiben, die aus dem Berliner Aufkommen unterstützt werden.

Die schwere Wirtschaftskrise wirkt sich im Etat der Stadt in besonders starkem Maße bei den Steuereingängen aus. Legt man die Steuerföhe und die bis zum 31. März 1930 erhobenen Steuern zum Zwecke des Vergleichs zugrunde, dann beträgt das Soll im Etat 1931 rund 85 bis 90 Millionen Mark weniger als im Haushaltsjahr 1929 verzeichnet wurden.

Der Rückgang der Einnahmen auf der einen Seite, die Steigerung der Wohlfahrtslasten auf der anderen hat, wie oben bereits dargelegt, zu einer erheblichen Einschränkung auf allen anderen Arbeitsgebieten geführt.

Das bedeutet für die Berliner Wirtschaft, daß die Stadt in stärkstem Maße als Auftraggeber auf den verschiedensten Gebieten ausfällt

und durch diese Notwendigkeit, mit eigenen Investitionen zurückzuhalten, die Wirtschaftskrise leider weiter steigert.

Die Kassenlage der Stadt

Ist durch die Bewag-Transaktion vorübergehend erleichtert, es bleibt aber zu berücksichtigen, daß durch den Fehlbetrag des Haushalts 1931, sowohl in der Ordentlichen Verwaltung, als auch in der Außerordentlichen Verwaltung erhebliche Kassenbedürfnisse

Nur keine Arbeit schaffen!

Die Kommunisten im Bunde mit den Arbeiterfeinden.

Wie ernst es die Kommunisten mit der Fürsorge für die Erwerbslosen und mit der Beschaffung von Arbeit und Arbeitsgelegenheit nehmen, zeigte sich gestern Abend in der Stadtverordnetenversammlung mit einer Deutlichkeit, wie sie eben nur die Kommunisten liefern können. Sie lehnten den Neubau für das Arbeitsamt Südost ab und sanden dabei eine Mehrheit in der Gemeinschaft aller Reaktionsäre, den Deutschnationalen, Nationalsozialisten und der Wirtschaftspartei.

Die Stadt Berlin ist gesetzlich verpflichtet, der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung für ihre Arbeitsämter Räume zur Verfügung zu stellen; das Arbeitsamt Südost war mangels anderer freier Räume in einem alten, baufälligen Lager Schuppen in der Hermannstraße untergebracht und deshalb war die Erstellung eines Neubaus gerade für dieses Amt besonders nötig. Unter den furchtbaren räumlichen und sanitären Verhältnissen hatten nicht nur die Angestellten des Amtes zu leiden, sondern auch die Erwerbslosen, die in diesem „Amtsgebäude“ abgefertigt werden mußten. Sehr oft haben sich in turbulenten Szenen auch kommunistische Erwerbslosendeputationen über die schrecklichen Verhältnisse beschwert, oft genug haben Kommunisten und Sozialdemokraten eine Lenkung der Zustände gefordert. Jetzt war es endlich so weit, daß Berlin 900.000 M. im Wege einer Anleihe

bewilligte, wozu der fast ebenso hohe Zuschuß der Reichsanstalt kommen sollte.

Man kann sich einfach nicht vorstellen, daß eine Partei, die ihre angebliche Fürsorge für die Erwerbslosen nicht laut genug in die Welt hinausschreien kann, ein solches Projekt ablehnt. Herrn Wänisch, selbst Angestellter eines Arbeitsamts, blieb es vorbehalten, die ablehnende Haltung seiner Fraktion zu begründen. Nun sollen also nach dem Willen der Kommunisten die Erwerbslosen weiter in dem baufälligen Lager Schuppen abgefertigt werden, die Angestellten sollen weiter unter den unwürdigsten Verhältnissen arbeiten, ein Bau im Werte von über 1½ Millionen Mark soll ungebaut bleiben und Tausenden von Bauarbeitern soll diese willkommenen Arbeitsgelegenheit entgehen.

So legen die Kommunisten ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm in die Tat um, ihr Programm, das sie erst in der vorigen Woche bombastisch in ihrem Heftblatt verkündeten! Schade, daß diese arbeiterfeindliche, verräterische Haltung die Tribünenbesucher nicht mitleiden durften; ihnen wäre vielleicht doch ein Licht aufgegangen über die Erwerbslosenfürsorge der Kommunisten.

In der Deffenlichkeit aber, auf den Stempelsteilen, ganz besonders aber im Baugewerksbund werden unsere Genossen jetzt dafür zu sorgen haben, daß den Kommunisten die Hausmeistermaske vom Gesicht gerissen wird.



„Das ist nicht schön von Ihnen, Genosse Bender“, sagte Worobjew und sein grüner Schnurrbart bebte. Diese Worte stöhnten dem schon ermüdeten Ostap neue Kraft ein. Sein herzliches Lachen dauerte noch zehn Minuten. Dann wurde er plötzlich ernst. „Warum sehen Sie mit so bösen Augen auf mich, wie der Soldat auf die Maus? Sie wissen ja nicht, wie Sie ausschauen!“

„Der Apotheker hat mir doch versichert, es sei eine radikal schwarze Farbe. Daß man sie weder mit kaltem, noch heißem Wasser, noch mit Seife oder Petroleum herunterbringt. Geschmuggelte Ware...“
Worobjew war mutlos. Jetzt erhob sich der Hausmeister. Als er seinen Herrn mit dem grünen Schnurrbart erblickte, bekreuzigte er sich und erbat Geld, um den Kagenjammer zu verjagen.

„Geben Sie dem Märtyrer der Arbeit einen Rubel“, sagte Ostap, „aber bitte, nicht auf mein Konto. Das ist Ihre Privatfache... Warte, Väterchen, geh noch nicht, wir müssen noch etwas besprechen.“

Ostap fragte den Hausmeister wegen der Möbel aus, und fünf Minuten später waren die Konzeptionäre über alles orientiert. Im Jahre 1919 hatte man die Möbel ins Wohnungsamt geschafft, mit Ausnahme eines Stuhles, der zuerst bei Tichon war und sodann vom Verwalter des Hauses für Altersfürsorge übernommen wurde.

„So befindet sich dieser Stuhl hier im Hause?“

„Sehr richtig.“

„Sag mir, mein Freund“, fragte Worobjew mit geheimer Angst, „hast du den Stuhl in der Zeit, da er bei dir war, nicht... repariert?“

„Es war nicht nötig, ihn zu reparieren. Das war noch gute, alte Arbeit. So ein Stuhl kann dreißig Jahre überdauern.“

„Nun geh, mein Freund, hier hast du noch einen Rubel und erzähle niemandem, daß ich in der Stadt bin.“

„Wie ein Grab, Bürger Worobjew.“ Und schon war er draußen.

Ostap rief aus: „Das Eis setzt sich in Bewegung“, und er begann, sich mit dem Schnurrbart Worobjews zu beschäftigen. „Wir werden ihn neu färben müssen. Ihr ‚Titanik‘ ist nur zum Hundefärben gut. Und jetzt geben Sie mir Geld, ich hole etwas Besseres.“

Bald kam er mit einer neuen Mischung wieder, ‚Kajade‘. „Hoffentlich ist sie besser als Ihr ‚Titanik‘. Ziehen Sie den Rock aus.“

Das Mysterium des Umfärbens begann. Ostaps nette braune Farbe aber vermischte sich mit dem grünen Titanik-überbleibsel und verlieh überraschenderweise dem Kopf und Schnurrbart Worobjews die Farben des Sonnenspektrums.

„Einen solchen Schnurrbart hat nicht einmal Aristide Briand“, bemerkte Ostap munter. „Ich würde Ihnen aber nicht raten, mit dem silbernen Schnurrbart hier in Russland herumzulaufen. Wir werden gezwungen sein, ihn abzunehmen.“

„Das lasse ich nicht zu“, sagte Worobjew betrübt. „Das ist ausgeschlossen.“

„Ist Ihr Schnurrbart vielleicht ein teures Andenken?“

„Es darf nicht sein“, wiederholte Worobjew und ließ den Kopf hängen.

„Also bleiben Sie Ihr ganzes Leben lang in der Hausmeisterwohnung sitzen und ich werde selbst die Stühle holen. Der eine Stuhl befindet sich knapp über unserm Kopf.“

„Also rasieren!“

Bender fand eine Schere und im Moment fiel der Schnurrbart, den Worobjew jahrzehntlang gehätschelt hatte, geräuschlos zu Boden. Und vom Haupt das radikal schwarz, grün und ultraviolettblau Haar. Als der Generaldirektor mit dem Haarschneiden fertig war, nahm er eine alte Gilette Klinge aus der Tasche und begann Worobjew, der dem Weinen nahe war, zu rasieren.

„Die letzte Klinge opfere ich für Sie. Vergessen Sie nicht, zwei Rubel für Haarschneiden und Rasieren auf meine Habenseite einzutragen.“

Mitten in seinem Kummer, vor Schmerz bebend, konnte Worobjew doch die leise Frage nicht unterdrücken: „Warum so viel? Ueberall kostet es vierzig Kopfen.“

„Für meine Verschwiegenheit, Genosse Feldmarschall.“

Es ist unbeschreiblich, wie sehr ein Mensch leidet, der mit einer alten Gilette Klinge rasiert wird, Aber alles nimmt ein Ende.

„Fertig. Ueberächtliche Menschen werden ersucht, nicht

hinzusehen! Jetzt sehen Sie Boborkin ähnlich, dem Varietésänger.“

Worobjew pufte die Haarreste weg und sah sich heute schon zum erstenmal in dem Spiegel. Was er sah, gefiel ihm aber. Ein immerhin junges Schauspielergesicht, durch Leiden geläutert.

„Vorwärts also!“ rief Ostap. „Ich gehe ins Wohnungsamt, besser gesagt in das Haus, wo es sich einmal befand, und Sie gehen zu den alten Weibern.“

„Ich kann nicht“, sagte Worobjew, „mir bricht das Herz, wenn ich jetzt mein eigenes Haus betreten soll.“

„Ach, sieh mal! Eine rührende Geschichte! Der verjagte Herr Baron. Nun gut, gehen Sie ins Kommissariat und ich werde hier arbeiten. Rendezvous hier in der Hausmeisterwohnung. Alles.“

Der Dieb

Der Wirtschaftsverwalter des Versorgungsheims war ein verschämter Dieb. Sein ganzes Wesen sträubte sich gegen das Stehlen, er konnte aber nicht anders, es drängte ihn immer dazu. Er stahl und schämte sich. Er stahl andauernd, und seine rasierten Wangen wurden dabei schamrot. Er hieß Alexander Jakowlewitsch, seine Frau Alexandra Jakowlewona. Er nannte sie Sasi, sie ihn Wähen.

Ostap Bender öffnete die mächtige Eichenholztür zu Worobjews Haus und befand sich im Vestibül. Ein Geruch von angebranntem Brei war hier zu spüren. Von oben her tönte Stimmengesumm. Niemand war da und niemand kam. Eine ehemals lackierte Holzstiege führte nach oben. Ostap stieg die Treppe hinauf.

In dem ersten Zimmer, das hell und geräumig war, saßen fünfzehn alte Frauen im Kreis. Alle in billigen graulainen Kitteln. Die Alten streckten neugierig die hageren Hälse, sahen den Mann an, der plötzlich in ihre Mitte trat und sangen dabei:

„Ich höre eine Troika läuten
Und rings liegt Schnee wie weißes Kleid.“

Der Dirigent mit Bluse und Hosen, gleichfalls aus Reinen, gab den Takt mit beiden Händen, drehte sich herum und rief: „Leiser! Kotuschkina — leiser!“

Er sah Ostap, konnte aber den Schwung seiner Hände nicht unterbrechen. Er blickte ihn nur ungehalten an und dirigierte weiter.

(Fortsetzung folgt.)

einsetzen, so daß die rechtzeitige Bereitstellung weiterer Mittel eine der wichtigsten Aufgaben der städtischen Finanzwirtschaft bleibt. (Zurufe bei den Nazis, Bloße des Vorstehers, der sie ermahnt, bis zur Aussprache zu warten.)

Der Kammerer schloß mit folgenden programmatischen Sätzen: Die Aufgabe der nächsten Zukunft ist: dringender Appell an Reich und Staat (Zuruf des Stadts. Kasper (Komm.): „Die Verwaltung Berlins abzubauen!“ Genosse Ufch: „Herr Kasper, auch mit Ihrem Abbauplan würden Sie nur einen so geringen Teil des Haushalts treffen, daß auch Sie den Etat nicht balancieren könnten!“ — Befehl bei den Sozialdemokraten.), über ihren eigenen Sorgen die Bedürfnisse der kommunalen Verwaltungen als der wichtigsten Zellen des Staates nicht außer acht zu lassen, insbesondere bei der Finanzausgleichsgebung die Bedürfnisse der Großstädte, vor allem Berlins, angemessener zu berücksichtigen, als es bisher der Fall war. Vor allem aber Ordnung im eigenen Hause, vorsichtige Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel, rationelle Gestaltung des Verwaltungsapparates, gutes Kontrollsystem, Beschränkung der städtischen Arbeit auf die wirklich für die Bevölkerung wichtigen und bedeutsamen Gebiete — unter Aufgabe weniger wichtiger —, um über die schwere Krise in erträglicher Weise hinwegzukommen und die eingeleitete Konsolidierung der städtischen Finanzen im Interesse des Berliner Kredits und der gesamten Berliner Wirtschaft nach und nach sicherzustellen.

Die Krachmacher waren befreit.

Noch ehe der Kammerer seine Rede beendet hatte, nahmen die Einmischungen gewisser Tribünenbesucher eine so laute und anhaltende Form an, daß der Vorsteher, Genosse Haf, nach mehrmaliger Ermahnung die Tribünen räumen lassen mußte und die Sitzung unterbrach.

Dann machte der Vorsteher bekannt, daß morgen, Freitag, 17 Uhr, die Generaldebatte über den Haushaltsplan stattfindet. Für jede Fraktion soll eine Stunde Gesamtredzeit zugelassen sein. Dagegen protestierten die Kommunisten, verlangten unbeschränkte Redezeit, fielen aber damit durch. Ein deutschnationaler Antrag, eine Stunde Redezeit nur für die Generaldebatte gelten zu lassen, wurde mit wenigen Stimmen Mehrheit angenommen; der Vorsteher beauftragte daraufhin eine weitere Sitzung auf Sonnabend an. Das hatten die deutschnationalen Antragsteller und ihre kommunistisch-nationalsozialistisch-wirtschaftsparteiliche Gefolgschaft erreicht!

In schneller Folge wurden vor der Kammerrede eine Reihe Vorlagen erledigt. Eine Vorlage des Magistrats, die eine tolerantere Anwendung der Wertwachstumssteuer vorsieht, war im Ausschuß mit geringen Änderungen angenommen worden. Weiter begründete Stadtv. Dr. Eyd (Staatsp.) die Herabsetzung der Wertwachstumssteuer, weil dadurch der Grundstücksmarkt, der vollkommen daniederliegt, neu belebt werde.

Stadtv. Loewy (Soz.)

betonte, in einer Zeit, wo alle Steuern bis an die Grenze des Erträglichsten angespannt sind, mußte auch die Wertwachstumssteuer, die letzten Endes doch eine Steuer auf arbeitsloses Einkommen ist, so hoch wie möglich sein. Die Sozialdemokraten bezweifelten, daß nach einer Ermäßigung der Steuer eine Besserung auf dem Grundstücksmarkt eintreffe. Ein Beispiel dafür biete Frankfurt am Main. Die neue Steuerordnung wurde mit geringen Änderungen angenommen. Der der Versammlung schon mehrfach vorgelegte Nachtrag zur Vergünstigungssteuer wurde in namentlicher Abstimmung angenommen.

Als sechstes Mitglied für den Aufsichtsrat der neuen Berliner Kraft- und Lichtaktiengesellschaft wurde Dr. Birt (Z.) gewählt. — Die Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe von 900 000 M. als Betrag für den dringend nötigen und sowohl im Interesse der Arbeitslosen wie aller Angestellten geplanten Neubau des Arbeitsamts Südost wurde von den Kommunisten abgelehnt. Ueber dieses standeslose Verhalten berichten wir gesondert. Schluß der Sitzung 21 Uhr.

Brücke stürzt in die Tiefe.

Zwölf Todesopfer! — Furchtbares Einsturzungsglück.

Paris, 3. Juni.

Wie aus Bordeaux gemeldet wird, hat sich in St. Denis de Vilex ein schweres Unglück ereignet, das vorläufig 12 Todesopfer gefordert hat. Bei der Belastungsprobe einer neuen, über die Tole gelegten Brücke, stürzte der Bau plötzlich ein und rief die zahlreichen auf der Brücke befindlichen Personen mit in die Tiefe. 12 Personen wurden getötet, 19 Personen wurden schwer verletzt. Zwei Verletzte sollen bereits auf dem Wege zum Krankenhaus verschieden sein. Unter den Toten befindet sich hauptsächlich das Begleitpersonal der zehn schwer beladenen Lastautos, mit denen die Belastungsprobe vorgenommen wurde.

Die reichende Strömung riß die ins Wasser Gestürzten mit sich. Augenzeugen der Katastrophe gelang es, in großer Hast Boote loszumachen und die Opfer nach und nach zu bergen. Das Unglück soll darauf zurückzuführen sein, daß die Stützpfiler der Brückenpfeiler unter dem Gewicht der Lastautos und vielleicht auch unter dem Druck der Strömung riß. Die Art des Brückenbaues läßt sich vorläufig aus den widersprechenden Meldungen nicht klar feststellen. 10 Leichen sollen sich, wie verlautet, noch unter den Trümmern der Lastkraftwagen im Flußbett befinden.

Wahnsinn der Zollmauern.

Zwei Tote wegen 44 Kilo Dörrobst.

Warschau, 3. Juni.

Wie aus Thorn gemeldet wird, sind im Abschnitt Praska an der deutsch-polnischen Grenze drei polnische Schmuggler von polnischen Grenzwachern festgenommen worden. Als sie flüchten wollten, machte die Grenzgarde von ihren Schusswaffen Gebrauch. Zwei Schmuggler waren auf der Stelle tot, der dritte wurde verhaftet.

Bei den Getöteten fand man 12 Kilo getrocknete Pflaumen und 32 Kilo Rosinen . . .

Wieder Straßenkrawalle.

Erwerbslose, ihr werdet mißbraucht. — Arme Fensterstürmer.

In den gestrigen Abendstunden versuchten zahlreiche Trupps Erwerbsloser unter kommunistischer Führung vor dem Rathaus in der Königstraße wieder einmal Krawalle zu entfachen. Die Polizei war von der Absicht der Demonstranten offenbar unterrichtet, denn es waren alle Maßnahmen getroffen, um Zwischenfälle im Keime zu ersticken. Die Demonstranten, von denen es nur wenigen gelang, bis auf den Rathausvorplatz vorzudringen, wurden sehr schnell zerstreut. Mehrere Fenster Scheiben in der König- und Alexanderstraße wurden im Verlauf der inszenierten Tumulte eingeschlagen oder durch Steinwürfe zertrümmert.

Es ist ein mehr als frevelhaftes Spiel, das die kommunistischen Dunkelmänner aus der Kleinen Alexanderstraße nun schon seit Monaten mit der Not der Erwerbslosen treiben. So wie gestern mittag die Plünderungen im Norden Berlins systematisch organisiert waren, ebenso planmäßig wurden die Erwerbslosentrupps gestern abend in das Stadttinnere dirigiert. Während in den Außenbezirken starke Polizeipatrouillen die Straßen durchfuhren, um ähnliche Vorkommnisse wie am Vormittag zu verhindern, glaubten die Kommunisten den Augenblick für gekommen, unter dem Schutz des starken Fußgängerverkehrs am Rathaus Tumulte zu entfesseln.

Schon bald nach Geschäftsschluß war die Ruhe in der City

wiederhergestellt. Mehrere Radfahrer hatten durch Steinwürfe die Schaufensterscheiben der Konditorei Gumpert, der Schuhfabrik Leiser und des Lebensmittelgeschäftes Dentner zertrümmert und waren dann geflüchtet. Als ein Polizeibeamter einen der Täter festnehmen wollte, kam er zu Fall. Diesen Augenblick benutzte die verhegte, irregleitete Menge, um über den Polizisten herzufallen. Der Ueberfallene konnte erst von hinzueilenden Kameraden befreit werden, nachdem eine Reihe von Schreckschüssen abgegeben worden waren. Dabei wurde einer der Rädelführer von einer Kugel in den Unterschenkel getroffen. Der Verletzte wurde als Polizeigefangener in das Staatskrankenhaus in der Schornhorststraße gebracht. Bei einem weiteren Zusammenstoß zwischen Polizeibeamten und Kommunisten an der Ecke der Kaiser-Wilhelm- und Münzstraße wurde der kommunistische Landtagsabgeordnete Paul Graffer zwangsgestellt und der Abteilung I A des Polizeipräsidiums eingeliefert.

Wie noch bekannt wird, drangen gestern gegen 16 Uhr etwa 20 bis 25 Personen im Hause Müllerstraße 126a in die Butterfiliale der Firma „Nordster“ ein, verletzten die Filialleiterin und stahlen größere Mengen Wurstwaren. Zwei Täter wurden durch Beamte des Ueberfallkommandos ergriffen und der Postischen Polizei übergeben.

Selbstmord Dr. Havers.

Verschwendener Rechtsanwalt erschossen aufgefunden / Sein letzter Wille

Der seit gestern früh verschwundene Rechtsanwalt Dr. Haver hat sich am Mittwochnachmittag um 4 1/2 Uhr auf der Toilette eines Hotels in der Berliner Straße in Charlottenburg durch einen Revolveranschlag getötet. Der Schuß ging in den Kopf und hatte den sofortigen Tod zur Folge. Das Hotelpersonal, das den Selbstmörder auffand, hat die Kriminalpolizei von dem Fall benachrichtigt. Die Leiche ist beschlagnahmt.

Der Prozeß gegen den Rechtsanwalt und Notar Dr. Haver, den ehemaligen Syndikus der Interessenvertretung der Deutsch-südwestafrikaner, hat durch seinen Freitod eine sensationelle Wendung genommen. Während die Kriminalpolizei sämtliche Rettungsdienste und Krankenhäuser alarmierte und von überall Mitteilungen eintrafen, daß nirgends ein Unfall mit Dr. Haver gemeldet worden sei, während sämtliche Grenzen für ihn gesperrt wurden und auch über die Grenzen Deutschlands hinaus Ermittlungen vorgenommen wurden, während Dr. Haver in Berlin unermüdet in der Suche nach einem Hotel, wo er sich das Leben nehmen konnte, hielt die Frau des Angeklagten Dr. Haver einen Brief in der Hand, der die Ueberschrift trug:

„Mein letzter Wille.“

In dem Schriftstück hieß es: Ich setze meine Frau als meine Erbin ein. Leider muß ich ihr das Ausschlagen der Erbschaft empfehlen. Zum Testamentvollstrecker ernenne ich Rechtsanwalt Dr. v. Damm. Durch ihn werden die Angelegenheiten meiner Mandanten ordnungsmäßig erledigt werden. Mit Meines Tat (Seine ist einer der Mitangeklagten. D. Red.) habe ich nichts zu tun. Trostdem ist ein Ende mit Schrecken besser als ein Schrecken ohne Ende. Ich bebaure, ungedeckte Verpflichtungen hinterlassen zu müssen; ich kann aber

nicht noch mehr Opfer von meinen Freunden verlangen. Ich danke ihnen für alles, was sie für mich getan haben, insbesondere auch Jabel (er hatte die Kautions gestellt. D. Red.). Meine Beerdigung bitte ich so einfach wie möglich zu gestalten, auch keine Anzeigen zu erlassen.“

Nach der Vernehmung der Frau Haver glaubten einige Steptiker, daß das von ihr überreichte Schriftstück nicht ernst zu nehmen sei, daß das ganze bloß dazu dienen sollte, die Behörden auf eine falsche Spur zu leiten. Sie sollten Unrecht behalten, Dr. Haver hat es vorgezogen, aus dem Leben zu scheiden. Er mag wohl gewußt haben, weshalb. Er wird von seinem Mitangeklagten Peine aufs schwerste belastet. Die Abhebung der 50 000 M. von der Reichsschuldverwaltung auf Grund der gefälschten Vollmacht des Afrikaners Kaiser ist auf die raffinierteste Weise geschehen. Wie verlautet, ist sogar einer der Angeklagten speziell nach Hamburg gefahren, hat sich hier im besten Hotel für eine Nacht eingemietet und am nächsten Morgen vom Briefträger sieben eingeschriebene Briefe in Empfang genommen, die angeblich das abgebobene Geld enthalten sollten, in Wirklichkeit Papierschnitzel aufwies.

Es wird dem Mitangeklagten nun nach dem Tode Dr. Havers ein Verdictes sein, die Hauptschuld von sich abzumwälzen. Der Staatsanwalt mag doch recht gehabt haben, als er noch zwei Tage vor der Verhandlung beim Gericht beantragte, Dr. Haver wegen Fluchtverdacht in Haft zu nehmen. Nun ist er tatsächlich geflüchtet, allerdings aus dem Leben. Er hat den Tod der Schmach und Schande und der ruinierten Existenz vorgezogen. Vielleicht wäre es doch richtiger gewesen, ihn in Schutzhaft vor sich selbst zu nehmen. Vielleicht hätte er den Prozeß und das Gefängnis überstanden und sich doch noch nach Rückkehr in die Freiheit eine neue Existenz aufgebaut. Nun wird es auch ungeklärt bleiben, welche tragische Vertretung von Umständen ihn zu seinen Verfehlungen gebracht hat.

Die Autos-Katastrophe.

Vizepräsident des Deutschen Reichsautoclubs freigesprochen.

Das schwere Motorradunglück, das am 14. September auf der Aous geschah und das gestern vor dem Verkehrsöffengericht dem Vizepräsidenten des Deutschen Reichsautoclubs zur Last gelegt wurde, wurde von dem Gericht dahin aufgelöst, daß den Angeklagten keine Schuld treffe.

An jenem Sonntag hatte sich beim Training für ein Motorradrennen ein tödlicher Unfall ereignet, und an der von der Polizei abgesperrten Stelle war kurz darauf Dr. Richter auf seinem Motorrad vorbeigekommen. Auf den Wind des Verkehrspostens fuhr er langsam auf die andere Seite, als der hinter ihm fahrende Motorradfahrer Frey auf ihn herauf fuhr, so daß beide Maschinen zu Fall kamen. Frey wurde getötet, und die Staatsanwaltschaft war der Ansicht, daß diese Tötung von Dr. Richter fahrlässig verursacht worden sei, weil er zu langsam an der Unglücksstelle vorbeigefahren sei. Demgemäß beantragte Staatsanwaltschaftsrat Wolff 1500 Mark Geldstrafe, da jeder Fahrer auf der Aous eine gewisse Geschwindigkeit einhalten müsse, um den Verkehr dort nicht zu hindern. Rechtsanwalt Dr. Brandt verteidigte den Angeklagten damit, daß er an einer derart unübersichtlichen Stelle nichts anderes tun konnte, als möglichst langsam zu fahren.

Das Gericht kam auch durch die Beweisaufnahme zu der Erkenntnis, daß den Angeklagten keine Schuld treffe, und sprach ihn daher von der Anklage der fahrlässigen Tötung frei. Die Schuld an dem Unglück treffe in erster Linie die Aous, da die Absperrungsmaßnahmen nach dem ersten Unglück völlig unzureichend gewesen seien. Ein weiteres Verschulden treffe den getöteten Fahrer selbst, weil er mit übergroßer Geschwindigkeit ohne Beachtung der dort aufgestellten Verkehrsregeln an der gefährlichen Stelle vorbeigefahren sei.

Neuer Direktor im Rudolf-Birchow-Krankenhaus. Der Magistrat wählte zum ärztlichen Direktor der ersten inneren Abteilung des Rudolf-Birchow-Krankenhauses den bisherigen Direktor des Altonaer Krankenhauses, Professor Dr. Lichtwitz.

Güterzug fährt auf Lokomotive.

Eisenbahnunglück in Polen. — 4 Tote, 6 Schwerverletzte.

Warschau, 3. Juni

Am frühen Morgen des Mittwoch ereignete sich auf der Eisenbahnstation Sawrolla-Pilawa in der Nähe von Demblin eine Eisenbahnkatastrophe. Ein beschleunigter Güterzug stieß in voller Fahrt mit einer auf demselben Gleise fahrenden Vershublokomotive zusammen. Beide Lokomotiven wurden zertrümmert und zehn Wagen, die gleichfalls schwer beschädigt wurden, entgleisten. Vier Personen wurden auf der Stelle getötet, sechs Personen erlitten sehr schwere Verletzungen und mußten bewußtlos ins Krankenhaus übergeführt werden. Drei Personen trugen leichtere Verletzungen davon. Einer von den Toten ist ein Soldat, der einen Militärtransport als Wache begleitete. Ein zweiter Soldat trug schwere Verletzungen davon.

Der Verkehr auf der Strecke mußte infolge starker Beschädigung und des Trümmerhaufens wegen eingestellt werden.

Drei Tote beim Fallbootunglück.

Auf der Hatz bei Jding geriet ein mit drei Personen besetztes Fallboot in die Strömung eines Wehrkanals, wurde von dem starken Strudel am Wehr erfaßt und unter diesem durchgerissen, wobei alle drei Insassen, ein Mann und zwei Frauen, den Tod fanden.

Die Berliner Sinfoniker im Zoo. Die Direktion des Zoologischen Gartens hat das Berliner Sinfonie-Orchester, dessen Konzerte im vorigen Jahr bei den Besuchern des Gartens so lebhaften Beifall fanden, für diesen Sommer in der doppelten Anzahl von Konzerten verpflichtet. Die Sinfonie-Konzerte, die bereits am Dienstag ihren Anfang genommen haben, finden unter der Leitung von Dr. Hellmuth Thierfelder dienstags und Donnerstags abends 20 Uhr statt. Bei den Konzerten wirken — wie im vergangenen Jahr — namhafte Solisten mit. Das erste Konzert dieser Art findet als Opernabend am Donnerstag, 4. d. M., statt, als Solist singt Kammerjäger Arthur Fleischer (Berlin). Das Programm der 24 Sinfonie-Konzerte im Zoo umfaßt vollständige Abende, Opern, Märchen und Legenden, Aphorismen, Singspiele, Operetten und anderes mehr.



Knorr Bratensoße

Enthält in konzentrierter Form alle natürlichen Bestandteile einer selbst gemachten, gut schmeckenden Bratensoße!

Ein Würfel ergibt 1/4 Liter wohl-schmeckende Soße!

Stetiger Kurs!

Ende der politischen Aussprache. — Glänzende Schlussreferate von Breitscheid und Gollmann.

In der gestrigen Vormittagsitzung des Parteitag, über die wir zum größten Teil im Abendblatt berichtet haben, wurde die Debatte über die Parteitaktik im Anschluß an die Referate Breitscheids und Gollmanns fortgeführt. Nach Richner-Frankfurt erhielt das Wort

Frölich-Weimar: Die große Masse der Partei hat die Taktik der Fraktion verstanden. Die Disziplin mußte von den neun unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Rosenfeld hat übrigens auch gegen einen Parteibeschluß verstoßen, denn der Thüringer Parteitag hatte beschlossen, daß die beiden Abgeordneten der Minderheit aus Thüringen sich bei der nächsten Abstimmung der Mehrheit zu fügen hätten (hört, hört).

Gilzer hat in Thüringen erklärt: „Wir gehen einem großen Bürgerkrieg entgegen“ und ein andermal, „wenn wir marschieren, heißt es: „Polizei, gib die Straße frei.“ Wie die Nazis, zur Macht gelangt, regieren würden, haben wir in Thüringen erlebt.

Unsere Presse wurde dort verboten auch ohne Rotverordnung. Die Fürsorge für die Gemeinden wurden um ein Viertel herabgesetzt. Die Rinderbrennereien wurden am meisten durch Steuern belastet. Voraussetzung für den Kampf gegen den Faschismus ist, daß die Parteigenossen einzig nach außen zusammenstehen. Wer diese Einigkeit hört, erbeutet für den Faschismus, deshalb muß der Parteitag die Entschiedenheit Hamburg annehmen. (Beifall.)

Portune-Frankfurt a. M.: Wir neun fühlen uns nicht als Angeklagte, auch nicht moralisch, sondern sind überzeugt, daß unsere Handlung den Grundrissen der Arbeiterbewegung entsprechen hat. Man hat von dem Kapitalismus als krankem Mann und von seinen Erben gesprochen. Aber es könnte schließlich so kommen, daß die Erben eher zurunde gehen als der trank Mann. Wenn Dittmann von einer Sucht zur Kritik gesprochen hat, so weiß ich nicht, ob er durch seine Vergangenheit zu einem solchen Vorwurf besonders prädestiniert ist. Die Partei sollte sich bei den Proletariatsmassen informieren, wie sie denken, wie sie fühlen und was sie wollen. Die Massen wissen besser, was ihnen kommt als die Akademiker (Zuruf: Sogar besser als Dr. Rosenfeld und Dr. Gollmann). Wenn wir in der Sozialdemokratischen Partei die Demokratie hätten...

Porti, Weis: Ich kann nicht zugeben, daß ein Parteitag delegierter seine Rede dazu mißbraucht, die unwahre Behauptung aufzustellen, daß in der Partei keine Demokratie bestünde; das Gegenteil beweist dieser Parteitag selbst. Ein Blick in die Parteipresse vor dem Parteitag kann jedem Parteigenossen zeigen, wie weit die Demokratie in der Partei geht. Ich muß in der Beurteilung Portunes etwas ganz anderes erblicken als die Abficht, Interessen und Einigkeit der Partei zu fördern. (Lebhafter Beifall.)

Portune (fortfahrend): Die Wahlen zum Parteitag haben bewiesen, daß große Arbeitermassen denken wie die neun. Die Grundfrage der Arbeiter ist ihre materielle Lage. Auf ihr muß sich die Taktik der Partei aufbauen. Bei einem Lohnabbau von 7 1/2 Milliarden, bei dem Abbau aller sozialen Leistungen, bei der Kürzung der Uebernehmungen an die Gemeinden um Hunderte von Millionen rührt man an dem Bestand der materiellen Basis der Arbeiterklasse, und das ist das Gift, das man gegen die Partei in die Massen trägt. Gollmann hat gemeint, Brüning habe noch nicht den Beweis erbracht, daß er Staatsmann sei. Vielleicht kommt es ihm darauf gar nicht an; jedenfalls ist er ein guter Sachwalter der kapitalistischen Gesellschaft gewesen. (Beifall.) Sein Feind ist nicht der Faschismus, sondern die verhasste Sozialdemokratie. Ich stehe im Betriebe, ich kenne die Ansichten und Gefühle der Arbeiter. Wenn die SPD bei den nächsten Wahlen einen Auftrieb bekommt (Zuruf: Dann trägt ihr die Schuld!) — ihr kommt uns nicht mit der Verantwortung gelassen, die die Parteiführung trägt, dann fürchte ich, wird auch das Gefüge der Gewerkschaften in Frage gestellt. Dann wird Partei und Gewerkschaften erschwert, die Massen zu halten. Diese Worte müßte ich auch sagen, die ihr die Verantwortung trägt! (Lebhafter Beifall.)

Röhle-Frankfurt a. M.: Portune hat gesagt, er fühle sich nicht als Angeklagter. Auf Anfrage kam es uns gar nicht an: Wir verlangen nur, daß die Arbeiten und Handlungen der Partei von der Frage getragen werden, wie sie der Partei nützen und die Partei vor Schaden bewahren können. Diese Frage haben sich die Neun nicht gestellt oder nicht genügend überlegt. Auch die Bemerkungen Portunes über Akademiker und Masse treffen nicht zu. Die ausgesprochenen Führer der Opposition in Frankfurt, die keinen Erfolg der Partei anerkennen und jede Leistung verkleinern, sind nur Akademiker. Die Haltung der neun Disziplinbrecher haben die Werbestimmung schwer geschädigt. Auch wenn man mit vielen Entscheidungen der Partei nicht einverstanden ist, dürfte nicht mit den Kommunisten gegen die sozialdemokratische Fraktion gestimmt werden. (Lebhafter Beifall.) Rosenfeld gehörte auf dem Parteitag 1910 in Magdeburg zu der Gruppe, die den Ausschluß der Budgetbewilliger aus der Partei gefordert haben. (Hört! hört!) Wir wollen keinen Ausschluß, wir brauchen kein Scherbengericht, aber der Parteitag muß klipp und klar aussprechen, daß jeder der Partei sich unterwerfen hat. Die Arbeiterklasse ist nur kampffähig, wenn auch die Führer sich der Demokratie unterordnen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ströbel hat vor drei Wochen in Frankfurt a. M. in öffentlicher Versammlung gesagt, er würde, wenn er jung wäre, es sich überlegen, ob er sich der SPD anschließen würde. (Zuruf: Wir halten ihn nicht. Er kann gehen.) Junge Leute, von denen man noch nicht sozial Verantwortungsgesühl verlangen kann, wie von einem Parteiführer, werden diese Äußerung lebhaft unterzeichnen. So wirbt man nicht für die Partei. So raubt man den Indifferenten den Glauben an die Partei. In derselben Rede hat Ströbel gedehnt, eine Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten wäre noch nicht das Allerschlimmste. Später hat er dann ausgeführt, sie würde eine latente Kriegsgefahr bedeuten. Also Ströbel, der Mann der Friedensgesellschaft, hält es für gar nicht so schlimm, wenn die argsten Kriegshäher an der Regierung beteiligt sind. Glaubst du etwa, unter der Regierung wirkfam für den Pazifismus arbeiten zu können? (Sehr gut.)

Wir können uns im preussischen Landtag nicht den Lügen erlauben, den sich die Neun im Reichstag gestattet haben. Sollen wir es getan, wären Braun, Seegering und Geyme längst erledigt. Wir werden im nächsten preussischen Wahlkampf alle Kräfte der Arbeiterklasse dafür einsetzen, was den Preusseneinfluß zu erhalten und nicht zum Vorkurschlag der Reaktion werden zu lassen. (Stürmischer Beifall.)

Es ist denn noch nicht nach Breslau gedrungen, daß wir ohne Preußen tatsächlich längst den Boden der Verfassung verloren hätten? Heute aber besteht dieser Boden noch und trägt uns und unseren Kampf für die Arbeiterklasse.

Sorgen wir dafür, daß wir nicht diesen Boden unter den Füßen verlieren. (Beifall.) Was die Partei im letzten Jahre getan hat, war vielfach zwangsläufig und durch die Verhältnisse erzwungen. Den neuen Tatsachen muß man einige neue Gedanken entgegenbringen. Was wir seit der letzten Reichstagswahl an Mitgliedern gewonnen haben, hätten wir ohne die Aktivität auch der Fraktion, nicht gewonnen. Darum müssen wir der Reichstagsfraktion Vertrauen entgegenbringen. Auch ich mag mir an, die Stimmung der Krebiter zu kennen.

Ich kenne Tausende von Proletarier, in den traurigsten Wohngebieten, die von inakziger Clebe zur Partei erfüllt sind. Dieses Vertrauen soll ihnen von niemandem gestiftet und geraubt werden. Der Parteitag hat dafür zu sorgen, daß der Glaube zur Partei und die Stoffkraft der Partei nicht geschwächt wird. (Lebhafter Beifall.)

Oettinghaus-Hagen: Zwischen der Auseinandersetzung in der Fraktion und auf dem Parteitag besteht ein gewaltiger Unterschied. In der Fraktion wurde allgemein anerkannt, daß weder die Schattierten, noch die Unbestimmten mit Bestimmtheit sagen konnten, welches der wahre Weg ist. Hier aber spricht man von Bequemlichkeit und Mangel an Mut. Wir verteidigen draußen unsere Genossen gegen die Vorwürfe der Kommunisten, als würden ihre Entscheidungen von Rücksicht auf Ministerposten bestimmt. Aber dann haben wir auch das Recht, daß man unsere Ratione nicht verdächtigt. Man hat davon gesprochen, keine Illusionen zu wecken. Aber hat nicht Weis auf dem Magdeburger Parteitag die Lösung ausgesprochen: „Wenn schon Diktatur, dann unsere.“ Ich bin von dieser Illusion kuriert.

Noch gefährlicher ist die Illusion, als könnten wir mit Demokratie und Parlamentarismus unsere Ziele erreichen.

Ich schäme die Demokratie, um die Massen aufzurütteln und zu schulen. Aber wenn die Demokratie uns keine Macht verleiht, müssen wir uns so oder so einfeilen. Die bezichtigende Klasse wird nie zulassen, daß wir ihr mit Hilfe der Demokratie ihre Rechte nehmen. Und Verfassungsfragen sind auch heute noch Machtfragen. Und die Macht unserer Partei liegt für mich nicht in klugen Reden und schlaumen Partieren, sondern in den Betrieben, Schächten und Hütten. Dort hat unser Vorgehen unsere Macht nicht vermehrt, dort wird unsere Macht wachsen, wenn wir gegen die neue Rotverordnung den härtesten Kampf führen. Dort wird unsere Macht geschwächt, wenn wir schweigen und zurückweichen. Wir sollen alle einig sein? Einig werden wir nie im Zurückweichen sein. Aber im härtesten Kampf gegen die Brüning-Regierung wären wir sofort einig. Gollmann sprach von der geheiligten Disziplin der Partei. Ich habe kein Bedürfnis nach Heiligtümern; aber ich verehere die alte Tradition und das Programm der Partei und darin steht nichts, was mich verpflichten könnte, für den Panzerkreuzer einzutreten. (Beifall.)

Ich bin jederzeit bereit, Disziplin zu halten, wenn die Beschlüsse im Einklang mit den heiligen Zielen des Sozialismus stehen, aber ich bin nicht bereit zum Kadavergehorsam gegenüber dem, was wir seit Bestehen der Partei aufs Schärfste bekämpft haben.

(Lebhafter Beifall auf den Tribünen.) Die Gewerkschaften haben sich seit dem letzten Wahlkampf voll für die Partei eingesetzt. Auch daraus erwachsen der Partei Verpflichtungen. Für die Gewerkschaften sind die neuen Rotverordnungen, die noch eine Lohnabbauwelle einleiten können, untragbar. Deshalb muß der Parteitag klar aussprechen, was er will: Er muß im Interesse der gesamten Arbeiterklasse jede weitere Belastung des Proletariats energisch zurückweisen.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.
Alofer-Reudendorf: Ich bin weder Abgeordneter noch Parteiangestellter. Aber ich muß mich doch sehr wundern, daß es Parteitagdelegierte gibt, die aus der Vergangenheit rein gar nichts gelernt haben. Das führende Genossen hier aufzutreten, die keine Ahnung davon haben, daß die deutsche Arbeiterklasse noch nie so von Feinden umdroht war, wie heute.

Leider hat erst der 14. September die Partei dazu getrieben, die nötige Energie bei dem Kampf gegen die faschistische Gefahr zu entfalten. Aber die Masse steht in diesem Kampf hinter uns und der unergleichliche Idealismus der Reichsbannerkameraden (lebhafter Beifall)

läßt sie jeden Sonntag und jeden Wochentag mit einem Stütztruppen Brote in der Tasche marschieren. Jede Woche, jeder Tag fordert Todesopfer aus unseren Reihen, durch das Nordbanditentum des Stahlhelms und der Nationalsozialisten. Und da sollten wir nicht hand anlegen, um die elend traurigen Zustände endlich zu verbessern. Diese Nordbrut wird an den deutschen Hochschulen gezüchtet! Justiz und höhere Schulen unterminieren planmäßig den republikanischen Staat und da sollten Arbeiterführer nicht begreifen können, daß geschlossene Abwehr nottut?

Wie harmlos stellt ihr euch eigentlich den Hitlerstaat vor, wenn seine Lumpen und Nordbanditen schon jetzt in der Republik jeden Tag Proletarier morden? (Sehr gut.)

Der Ruf der Massen an die Fraktion lautet: Einmütiger Kampf gegen die elementaren Feinde der Arbeiterklasse. (Lebhafter Beifall.) Die Kommunisten mit ihren schändlichen Beschimpfungen und Verleumdungen sind uns keine Bruderpartei, sondern ein Feind. Sie sind die Spalter der Gewerkschaften und aller Kulturorganisationen der Arbeiter. Sie sind die Todfeinde unserer Organisationen. — Einigkeit, Einigkeit im Kampf, Einigkeit unter allen Umständen! (Lebhafter Beifall.)

Siemsen: Gegenüber dem Vorwurf des Genossen Frölich, daß Rosenfeld und ich gegen den Beschluß des Thüringer Parteitages gehandelt haben, stelle ich fest, daß Frölich und ich hier als Delegierte auf dem Parteitag sind, weil wir das Vertrauen der Genossen haben. Den Genossen Weis bitte ich, dafür zu sorgen, daß der Sozialistische Pressedienst objektiver berichtet. Eine Rede des Genossen Dittmann ist sehr ausführlich wiedergegeben, von anderen Reden nur wenige Zeilen. (Widerpruch.) Das ist nicht Demokratie, sondern Apparat. Genosse Gollmann hat die Disziplin gebildet. Wir können bei der Kürze der Redezeit leider den Begriff der Disziplin nicht grundsätzlich erörtern. Jedemfalls ist ein Unterschied zwischen militärischer Disziplin und sozialistisch-proletarischer Disziplin. (Sehr wahr bei der Mehrheit.) Die englischen Genossen haben für diese Heilsprechung des Disziplinbegriffes in der deutschen Partei kein Verständnis. (Widerpruch.) Sie haben auch eine ältere Demokratie als wir in Deutschland.

Auf dem letzten Parteitag wurde eine ausgedehnte Kulturdebatte geführt, weil das Preußenkonkordat seine Schatten vor-auswarf. Heute stehen andere Probleme im Vordergrund. Aber ein paar Worte zu Kulturfragen sind doch am Platze. Unsere schweren Bedenken gegen das Konkordat haben recht behalten. Die Vertuschung der deutschen Republik hat ungeheure

Fortschritte gemacht. BIRTH hat im Reichstag eine bewußt provokatorische Rede gegen die Freidenker und die antikirchliche Bewegung gehalten. Das Echo in unserer Presse war sehr gering. Es blieb dem „Berliner Tageblatt“ vorbehalten, die Frage aufzuwerfen, ob BIRTH Reichsinnenminister der deutschen Republik oder katholischer Minister sei. Unsere Parteipresse ist jedenfalls durch die Rücksicht auf die Koalitionspartner gelenkt worden. Die Freidenker erwarten von der Partei, daß sie energisch gegen das Ausnahmegericht der Rotverordnung Stellung nimmt. Heilmann hat noch Material für das Vorgehen gegen die Freidenker im „Freien Wort“ vorgebracht, aber einen Artikel von freidenkerischer Seite gegen die Ausschreitungen der Kirchenfreunde abgelehnt. (Hört, hört!) Das ist nicht mehr sozialistisch. Er hat auch merkwürdige Auffassungen über den § 218 im „Freien Wort“ vertreten. — Um die Schulen müssen wir uns ebenfalls mehr kümmern. Es ist ein Skandal, wenn in Preußen disziplinäre Lehrer nicht angestellt werden. Auf dem Gebiete der Schule herrscht trotz des Kieler Parteitagbeschlusses noch viel zu viel Rücksicht dem Zentrum gegenüber. Was den päpstlichen Rundbrief anlangt, so ist die Kirche nie kapitalistisch gewesen, sondern vertritt eine ständische Mittelstandspolitik. Aber das bedeutet noch nicht, daß sie sozialistisch ist. Der „Vorwärts“ hat aber zum Papstbrief geschrieben: „Es wird nicht abermals vierzig Jahre dauern, bis die katholische Kirche sich zum Sozialismus bekennt.“ Dann werden wir also am 1. Mai mit kirchlichen Emblemen marschieren. (Zuruf: Umgekehrt.) Mit der Kirche tolerieren wir auch das Zentrum, von dem Breitscheid gesprochen hat, daß es sich auf das Bündnis mit den Nationalsozialisten einstellt. Demgegenüber müssen wir den Kampf aufnehmen, zu dem man uns zwingt. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.)

Um 12.30 Uhr wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Es folgen eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Weis stellt gegenüber Oettinghaus fest, daß er von seinen Ausführungen über die Diktatur bei seiner Begrüßungsansprache auf dem Kieler Parteitag kein Wort zurückgenommen habe. Niemand könne behaupten, daß die Wahl des 14. September die Partei schwach gemacht habe. Das Gegenteil beweise die geistige Aktivität. Die Frage der Disziplin sei sehr einfach zu klären und dieselbe Pflicht, die jedes Mitglied einer Gewerkschaft in noch so schwerer wirtschaftlicher Lage im Falle eines Streikes, die jeder Abgeordnete eines Kommunal- oder Landesparlamentes habe, müsse auch für Reichstagsabgeordnete gelten. (Sehr gut!)

Oettinghaus-Dortmund stellt zur Geschäftsordnung einen Antrag, die Schlußworte und die Abstimmung zurückzustellen, bis die neue Rotverordnung vorliegt und wenn notwendig, den Parteitag länger zusammenzuhalten, damit er als höchste Instanz entscheiden könne oder ob mit der neuen Rotverordnung die Grenze des zu Tolerierenden erreicht sei.

Der Antrag Oettinghaus wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Das Schlußwort erhält

Rudolf Breitscheid.

Reinhold hat bedauert, daß die auswärtige Politik zu kurz gekommen sei. Ich glaube nicht, daß Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Reichstagsfraktion über unsere Haltung zur auswärtigen Politik bestehen. Die Auffassung der Fraktion kann man dahin zusammenfassen, daß unsere Aufgabe darin geht, die Friedens- und Verständigungspolitik auf internationaler Grundlage noch weiter zu betreiben, jeder nationalistischen Annäherung und jedem Zustandnis in Worten und Handlungen an die Forderungen des Nationalismus mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Demen hat mir vorgeworfen, ich hätte mich nicht auf den Boden der materialistischen Geschichtsauffassung, insbesondere bei der Schilderung des Werdeganges Mussolinis gestellt. Ich gebe zu, ich bin ein recht schlechter Theoretiker, aber deshalb gehöre ich zu den Bewunderern der Theoretiker. Aber ich habe den Eindruck, daß auch die Theoretiker, wenn man darunter alle diejenigen versteht, die immer ein marxistisches Jota bei der Hand haben (Heiterkeit) und die glauben, daß man jede neue Situation mit Jotaten schlingen oder bekämpfen könne, die für diese Situation nicht geschrieben waren, auch nicht einig sind, sobald es sich um Fragen der Gegenwartstaktik handelt. Deshalb ist es schwer, die Forderung auszusprechen, wir sollen uns in der Praxis nach den Theoretikern richten oder nach denen, die glauben, den Marxismus mit Köpfeln getroffen zu haben. (Heiterkeit.)

Ich weiß auch, daß Mussolini nicht die faschistische Bewegung ist; wenn er trotz seiner Charakterlosigkeit, trotz seiner Programmlosigkeit, trotz seines Hinüberwechsels zum Kapitalismus die Macht erlangte, war das nur möglich auf der Basis einer vorhandenen Bewegung, auf der Basis bestimmter soziologischer Tatsachen. Mussolini war nur Exponent dieser Tatsachen.

aber trotzdem glaube ich, daß der menschliche Wille und die menschliche Persönlichkeit mindestens für einige Zeit Politik und Schicksal der Völker stark bestimmt. (Sehr wahr!)

Auch die Unterschiede in den sozialen Voraussetzungen in Italien und Deutschland habe ich nicht übersehen. Ich weiß, daß 53 Proz. der italienischen Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig ist, kenne die Zahl der Analphabeten der Landarbeiter auf Latifundien, kenne die Vergleichszahlen der industriellen Entwicklung. Aber was folgt daraus? In Italien mag der Faschismus die kleinere Gefahr sein als die Zeitdauer seiner Herrschaft.

Für den Augenblick ist die faschistische Gefahr auch in Deutschland unendlich groß (lebhafte Zustimmung) angesichts der wirtschaftlichen Situation, angesichts der Demoralisierung der Geister in die Klassen der Gesellschaft, angesichts der Tatsache, daß auch die, die nicht eigentlich faschistisch denken, jetzt in ihrem Kampf gegen die Arbeiterklasse den Faschismus benutzen wollen, ist die Intensität der faschistischen Gefahr im Augenblicke riesengroß und niemand hat das Recht, leichtfertig darüber zu reden. (Lebhafter Beifall.)

Es stein kann die Rednertribüne nicht verlassen. (Heiterkeit.) Auf dem Parteitag muß man mirlich das Dramatische zugunsten des Sachlichen ein wenig in den Hintergrund drängen können. Ich liebe eine Opposition in der Partei und in der Fraktion, wenn sie nicht den Eindruck erweckt, als trennten uns riesengroße weltanschauliche Gegensätze, und wenn sie wenigstens ein bißchen geistig ist. (Heiterkeit.)

Die Opposition muß ihre Sache so gut und geschickt führen, daß sie die Mehrheit zum Nachdenken und Nachprüfen anregt. Aber sich hier einfach herstellen und erklären, Brüning sei die Schwerindustrie, Brüning sei genau dasselbe wie Jugenbergr und Hitler, das ist doch ein bißchen unmarristisch. (Sehr gut!) Mit so törichten Redensarten schwächt man nur unseren Kampf gegen den Faschismus ab. (Zustimmung.) Haben wir denn gar nichts für die Arbeiterklasse gerettet und erhalten? Glaubst du Delegierter, die Rotverordnungen würden ebenso aussehen wie jetzt, wenn wir sie

gar nicht beeinflusst hätten, wenn sie lediglich nach den Diktaten des Schwerekapitalismus und der Nationalisten ergangen wären. (Sehr gut!) Gewiß, unser Einfluß war zwar gering.

aber wenn nur die Deutsche Volkspartei allein den Inhalt der Notverordnung bestimmt hätte, dann wäre von der deutschen Sozialpolitik schon lange viel weniger übrig, als heute übrig ist. (Sehr wahr!)

Der Brüning mit Hugenberg und Hiltner gleichstellt, macht sich einfach lächerlich und bringt den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in den Verdacht, über die wirklichen Tatsachen und die Machtverhältnisse des politischen Lebens nicht unterrichtet zu sein. (Lebhafte Beifall.) Jensen hat begeistert nach einem lebendigen Parlament gerufen. Wir hatten keine allzugroße Freude an der Lebendigkeit des Reichstags vom 14. September. (Heiterkeit und Zustimmung.) War denn das noch ein Parlament, der Boden, auf dem politische Gegensätze geistig ausgefochten werden? Daran, daß der Deutsche Reichstag kein wirkliches Parlament war, ist weder die Sozialdemokratie noch Brüning schuld. Das hat die deutsche Wählerschaft zu verantworten. (Sehr wahr!) Ich habe schon in meinem Referat gesagt, wir mühten gewisse Formen der Demokratie etwas einbuchten lassen, um nicht die Demokratie für unabsehbare Zeit zu vernichten.

Aber Eckstein fragt, was besteht denn eigentlich noch von der Reichsverfassung? Das würde selbst Eckstein schon merken, wenn Hugenberg und Hiltner wirklich registriert! (Lebhafte Zustimmung.) Dann würde er nicht mehr so hörenswerte Parteitagreden halten können und würde sich nicht einmal die schönen Aufträge von seinen Wählern geben lassen können, auf die er sich hier berufen hat.

Die Sorge um die Erhaltung der Freiheit ist die Frage, die wir uns immer gestellt haben und in Zukunft auch stellen werden.

Fortune beruft sich auf die Stellung der Masse. Wenn sich jemand auf die Masse beruft, meint er die Masse, die mit ihm einverstanden ist. Die nicht mit ihm einverstanden ist, ist gar keine richtige Masse. (Heiterkeit.) Wir wollen uns von der Masse nicht trennen. Wir wollen ihren Willen erforschen, wir wollen ihrem Willen Rechnung tragen, aber wir wollen uns nicht leiten lassen von augenblicklichen Gefühlswallungen. Andernfalls wären wir Puppen in der Hand der Masse oder gar nicht einmal in der Hand der Masse, sondern in der Hand derer, die über die nötige demagogische Fähigkeit verfügen, im geeigneten Augenblick die Massen mitzuführen. (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist wirklich nicht so, daß hier auf dem Parteitag oben auf der Galerie die Massen und unten im Saal die Bonzen sitzen. Ihr Jugendlichen da oben entscheidet mit dem Gefühl. Wir müssen versuchen, Gefühl und Verstand einigermaßen in Einklang zu bringen.

Wir haben gar keine Angst vor dem Radikalismus der Jugend, aber wir haben auch eine Jugend ganz ohne Bescheidenheit nicht für sehr zukunftsreich. (Sehr gut!) Bilde Euch ruhig ein, daß Ihr alles besser wißt, aber vergeßt nicht, daß uns Sozialismus und Partei durch ein ganzes Leben ans Herz gewachsen ist. Versucht in gemeinsamer und produktiver Tagesarbeit mit uns eure Auffassung durchzusetzen. (Zuruf auf der Tribüne: Dann werden wir abgehalftert!) Abgehalftert wird immer nur der, der nur das Maul aufreißt kann. Noch nie ist in der Sozialdemokratie jemand abgehalftert worden, der sachlich mitgearbeitet hat und schließlich — abgehalftert wird immer nur der, der sich abhalten läßt. (Zustimmung, lebhafter Beifall.) Wir wollen uns gern von den Massen belehren lassen, aber wir haben auch die Massen aufzuklären. Wir haben alles Verständnis dafür, daß die Masse in Rot und Weiß nach sofortiger Hilfe schreit, aber wir haben die Pflicht, ihr zu sagen: hier steht nicht mehr auf dem Spiel, Ihr habt nicht das Recht, die ganze Zukunft der Arbeiterbewegung zu zerstören, selbst, wenn wir im Augenblick Opfer bringen müssen, die uns alle gleich schmerzhaft sind. (Beifall.)

Fortune freilich beruft sich darauf, daß er im Betriebe steht und daß Akademiker den Willen der Masse nicht begreifen. Aber ist die Opposition nicht stolz auf ihre Akademiker? Nicht, weil wir Akademiker sind, haben wir die Berufung, die Masse zu führen, aber als Parteigenossen haben wir alle gleiche Rechte. (Fortune: Die Warnung vor den Akademikern stammt von Bebel.) Ich bitte um Entschuldigung, daß ich den Genossen Fortune einen Augenblick mit Bebel verwechselte habe. (Heiterkeit.) Unter den Akademikern sind heute unzählige Proletarier und Proletarierkinder, und wir haben nicht das Recht, sie durch unüberlegte Redensarten den Faschisten zuzureiben. (Sehr wahr!)

Eine weitere Meinungsverschiedenheit betrifft den Begriff der Demokratie. Genosse Fortune glaubt nicht daran, daß sie uns zum Ziele führt. Aber was soll uns denn zum Ziele führen? Jegliche andere Form der Despotie? Mit solchen Redensarten stärkt man nur die antidemokratischen Strömungen im Volk und das dient nicht uns, sondern dem Faschismus. (Lebhafte Zustimmung.) Wir halten an der Demokratie fest und glauben an Sie. Ich empfehle Ihnen die „Grundbegriffe“ der Politik von Friedrich Stampfer. Stampfer sagt mit Recht, daß es für die ungeheure Wehrmacht der Menschheit Politik treiben wollen bedeute, die Demokratie wollen. Jede andere Staatsform gibt die Möglichkeit zu politischer Tätigkeit nur einigen wenigen.

Demokratie ist die Voraussetzung jeder Arbeiterpolitik. Ohne Demokratie kein Sozialismus von Dauer, ohne Demokratie keine politische und wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse. (Stürmischer Beifall.)

Sendewitz hat uns gefordert die Frage zurückzugeben, was wir nach dem Sturze Brüning tun wollten. Selbstverständlich muß dann die gesamte Kraft der Arbeiterklasse im schärfsten Kampf eingesetzt werden und Einzelheiten zu formulieren wäre unflug. Aber das haben wir die Opposition gar nicht gefragt. Wir wollten von ihr nur hören, was sie nach Brüning's Sturz erwartete. Auf diese Frage hat Eckstein — vielleicht verdankt er die Prophetengabe seinen Beziehungen zum Alten Testament — geantwortet: Nach Brüning kommt Brüning.

Es kann auch ganz anders kommen! Es kann eine Beamtenregierung, eine Militärkollatur, eine Regierung mit Nationalsozialisten oder mit ihrem deutschnationalen Sachwalter werden.

Unsere Frage sollte die Opposition nur zwingen, die Situation ernsthaft und nachdrücklich zu prüfen. Das haben wir stets getan und werden wir wieder tun, wenn die neuen Notverordnungen vorliegen. Eckstein scheint es aber für eine Gemeinheit und Bosheit der Fraktionsmehrheit zu halten, daß uns heute die Notverordnungen noch nicht vorliegen. Aber bis heute früh war sich die Regierung noch nicht über den Inhalt der Notverordnung einig, und der Parteitag wird sich wirklich nicht dazu bestimmen lassen, über etwas Politisches zu entscheiden, was noch gar nicht feststeht. In der Fraktion ist gesagt worden, die Fraktion sollte sich vor dem Parteitag nicht festlegen; dieser werde seine Meinung zum Ausdruck bringen. Das kann der Parteitag natürlich nicht, bevor die Notverordnung vorliegt.

Aber der Parteitag ist auch nicht die Instanz, in einer solchen Frage in allen Einzelheiten das letzte entscheidende Wort zu sprechen. Was er uns geben kann, sind die großen Richtlinien, die Beschlüsse müssen wir fassen, sonst müßte alle vier Wochen ein Parteitag einberufen werden. Eure Richtlinien sind uns wert und gut und sind notwendig, der letzte Entschluß, die letzte Verantwortung liegt bei der Fraktion. Ihr könnt uns dann in die Wüste schicken, aber zunächst haben wir die Verantwortung. (Sehr gut!)

Ich habe in der Fraktion gegen den Bonzerkreuzer gestimmt, aber es ist eine Unmöglichkeit, zu behaupten, das Geschicklassen des Bonzerkreuzerbaus komme einer Aufrüstung gleich. Wir halten uns durchaus im Rahmen des Versailles Vertrages, wir erzeugen ein altes

Schiff durch ein neues. Wenn wir anderen dagegen waren, so war allem, weil wir es für unverantwortlich hielten, eine solche Maßnahme in diesem wirtschaftlichen Elend durchzuführen. (Sehr gut!) Aber mit Aufrüstung oder mit einem Bruch aller Programmforderungen hat das nichts zu tun, obgleich ich sagen muß, ich wäre auch bereit, einen Bruch aller Programmforderungen auf mich zu nehmen, da die Zeit und die Verhältnisse ganz andere geworden sind. (Lebhafte Zustimmung.) Man muß unterscheiden zwischen Programmforderungen und zwischen unzerstörbaren Grundfragen seiner Partei.

Rosenfeld behauptet, die Neun haben recht in der Sache gehabt, und daher Recht mit ihrer Taktik. Rein, ich spreche gar nicht darüber, ob ihr Recht gehabt habt. Selbst wenn ihr im Recht wart, so müßte gerade in dieser Zeit Disziplin gewahrt werden. (Stürmische Zustimmung.)

Ihr konntet nachher an den Parteitag appellieren, konntet sagen, die Mehrheit hat sich vergangen gegen die Prinzipien der Sozialdemokratie, über sie muß der Parteitag zu Gericht sitzen. Aber bis zu diesem Moment hattet ihr euch unterzuordnen, zu fügen, wie sich manch einer in der Fraktion bei anderen Gelegenheiten gefügt hat (stürmische Zustimmung), weil ihm die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei höher stand, als das, was man mit Recht und häufig auch mit Unrecht das Gewissen nennt. Wenn Siemens auf die englische Partei hinwies, so frage ich ihn, ob er in allen Beziehungen der englischen Labourparty zu folgen bereit ist. Mit seiner Kulturrede würde er wohl bei diesen englischen Parteigenossen wenig Anklang finden (sehr gut!). Im übrigen gibt es im englischen Parlament keine kommunistische Fraktion und keine Nationalsozialisten, und gerade angesichts dieser Gefahren von rechts und links, mit denen wir zu rechnen haben, müssen wir alle bereit sein, auch einmal ein Opfer unserer besseren Ueberzeugung zu bringen und haben das zu tun, was die Körperschaft, der wir angehören, von uns verlangt (sehr wahr!). Wer in ein Parteiamt und in die Fraktion eintritt, gibt damit schon von selbst etwas von seiner inneren Ueberzeugung auf. (Lebhafte Zustimmung.) Keine Partei und keine Fraktion deckt sich vollkommen mit den Ueberzeugungen jedes einzelnen, sonst müßte das ein langweiliger Stiefel sein. (Heiterkeit.) Indem ich etwas von meiner Freiheit aufgabe, nehme ich die Verpflichtung der Unterordnung in diesem Moment auf mich, wo diese Unterordnung die dringendste Forderung des Tages ist.

Da oben auf der Tribüne sitzen die Ehrengäste, die der Parteivorstand eingeladen hat, die Männer, die geworden haben für die Partei, die ihre tausende neue Mitglieder zugeführt haben. (Stürmischer Beifall.) Ich weiß nicht, ob diese Männer und Frauen in jeder Beziehung mit dem Standpunkt der Fraktionsmehrheit einverstanden sind. Ich weiß nur, daß sie sich gesagt haben: Was auch immer geschehen mag, es gilt die Partei, die Partei der Arbeiter! Sie sind in den Kampf gegangen und haben für die Partei gearbeitet. (Erneute, stürmische Zustimmung.) Sie haben vielleicht ihre persönliche Ueberzeugung zurückgestellt, was ich von der Opposition nie verlangt habe. Ich verlange nur, daß sie auch den anderen gerecht wird. Aber sie haben jedenfalls nicht gesagt: jetzt werfen wir die Arbeit hin, denn die Partei hat sich von ihren Grundfragen abgewandt. Ihr Neun, nehmt euch ein Beispiel an diesen Mitgliedern der Partei! (Stürmisches Bravo.)

Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß wir über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg, wo es um die Zukunft der Arbeiterbewegung geht, einig und geschlossen bleiben. Ich sage euch, als ehemaliger Unabhängiger: das war damals ein schwerer Fehler von 1916! (Lebhafte Beifall.) Ich halte unsere Ansicht von damals über die Kriegspolitik noch wie vor für die richtige; und trotzdem war es ein Irrweg, daß wir die Fehler begangen haben. Sorgt dafür, daß so etwas nicht noch einmal wiederholt wird! (Minutenlang, stürmischer Beifall.)

Damit schließt die Vormittagsitzung. — Schluß 13.30 Uhr.

Nachmittagsitzung.

In der Nachmittagsitzung wird zunächst das Schlusswort Salmanns entgegengenommen.

Wihelm Salmann:

Ich muß den Parteitag um Entschuldigung bitten, daß ich nach der großen rednerischen und politischen Leistung unseres Fraktionsführers überhaupt noch das Wort nehme. Ich hatte gewünscht, daß unmittelbar unter dem Begeisterungsrausch, den Breitscheid erzeugt hat, der Parteitag zur Abstimmung geschritten wäre. Ich bin überzeugt, daß selbst Sendewitz und Fortune dann in ihrer Haltung zweifelhaft gewesen wären. (Heiterkeit.)

Ich möchte nur noch in einigen Punkten den Fraktionsbericht ergänzen und schiefe Anschauungen der Diskussion richtigstellen. Ich freue mich, daß einige Redner das wichtige Gebiet unserer Wirtschaftspolitik angefaßt haben, weil ich den Eindruck habe, daß oft genug die wichtigsten wirtschaftlichen, finanz- und sozialpolitischen Fragen in den Parteidiskussionen zu kurz kommen. Es wäre gut, wenn gerade unsere Jugend sich mit diesen Fragen beschäftigt, was freilich mancherlei Studium und Wissen voraussetzt. Im übrigen ist im Reichstag eine Mehrheit für eine Hochschulgeldpolitik vorhanden. Wir bekämpfen diese Politik und vertreten damit nicht nur Arbeiter-, sondern auch Bauerninteressen. Ich muß aber der Wiederkehr auch hier die Frage vorlegen:

glauben Sie, daß die Zollpolitik besser wäre, wenn mir das Reichskabinett Dröning vollständig in die Arme der hochschulzöhlner hineinstreuen würden? Ein unüberlegtes Aufgeben der Tolerierungspolitik würde die hochschulzöhlner im Zentrum und auf der Rechten in eine Front bringen, und das würde von den Verbrauchern mit Milliarden bezahlt werden müssen! (Sehr wahr.)

Sendewitz ist nicht nur mit Geschick, sondern auch mit Rame-radschaftlichkeit an unseren Fraktionsbericht herangegangen. Würde seine Feststellung, daß die Entscheidungen der Fraktion oft sehr schwierig sind, so daß man nicht einfach mit schwarz oder weiß darüber urteilen kann, überall beachtet werden, dann würden in Zukunft die Parteidebatten ganz anders geführt werden. (Sehr richtig!) Mit welcher Rechthaberei, mit welchem Pharisaertum, mit welcher Umarmung und Ueberhebung hat hier Eckstein über Severing gesprochen! (Lebhafte Zustimmung.) Auch Severing untersteht natürlich der Kritik der Partei; aber ich verlange von einem Mann von der Bildung und geistigen Reife des Genossen Eckstein, daß er von der Tribüne des Parteitages über Ministergenossen nur urteilt unter Anerkennung der vollen Schwierigkeiten und der Tatsache, daß dieser Genosse seine volle Kraft für das Wohl der Arbeiterklasse einsetzt! (Erneute, lebhafte Zustimmung.)

Eine solche Kritik wirkt positiv, aber ich protestiere gegen diese häßliche Art der Polemik, die es so häufig, als wenn Severing der Zerstörer der Demokratie wäre!

Ich beneide niemanden um den demonstrativen Beifall einiger jungen Gäste des Parteitages auf den Tribünen. Aber im Hinblick auf die heutige furchtbare Situation des deutschen Proletariats sollten doch die Empfänger dieses Beifalls sich darüber klar werden, daß es heute leichter ist nein zu sagen, als ja zu sagen. (Sehr wahr!) Wenn Eckstein in diesem, die Gegenläufe aufreißenden und verteilenden Jörn vor dem Parteitag spricht, ist der Schaden nicht sehr groß; denn die Delegierten sind alles alte geschulte Genossen.

Wenn er aber draußen die Parteidebatten mit der gleichen Ueberheblichkeit und Antameradischheit führt, dann wundert mich nicht mehr, daß z. B. in Breslau so heftige Kämpfe innerhalb der Partei Platz greifen. (Sehr wahr!)

Die einfachen, abgearbeiteten und mühen Parteimitglieder wollen keine Parteiveranstaltungen mit Zant und Streit. Sie wollen auch einmal hören, was die Partei Positives geleistet hat. Wenn ihr ihnen immer nur sagt, die Führung habe es so gemacht, dann muß das Vertrauen zur Partei verkümmern. (Lebhafte Zustimmung.)

Sendewitz hat gemeint, unsere ganze Taktik sei aufgebaut gewesen auf der Hoffnung baldiger Ueberwindung der Wirtschaftskrise. Gewiß, wir haben immer danach gestrebt und tun es noch, die wirtschaftliche Lage der Massen zu erleichtern.

Aber unser Hauptziel war doch, daß man nicht die Wirtschaftskrise zur Vernichtung der Demokratie ausnützen könne.

Wir haben wieder ein Milliardendefizit; aber wenn wir im März nicht den Etat verabschiedet hätten, fründen wir mitten in einer Finanzkatastrophe von unabsehbaren Folgen. Wiederholt hat man uns die Frage entgegengeschleudert, ob unsere Opfer sich lohnen hätten. Meine Frage, ob es ein zweites großes Industrieland mit so viel Sozialpolitik wie Deutschland gebe, hat niemand beantwortet. Ich habe den Mut zu sagen, daß die Erhaltung der Demokratie und der Sozialpolitik als Erfolg die Taktik der Fraktion vollkommen rechtfertigen. (Beifall.) Sagen Sie doch endlich allen deutschen Arbeitern, daß wir jährlich mehr als sieben Milliarden für Sozialpolitik ausgeben, davon fast 2½ Milliarden Reichszuschüsse. Und was würde geschehen, wenn wir Brüning stürzen! In der Entschließung der Genossen Jensen und Bielig lesen wir darüber, die politischen Folgen dürften nicht überschätzt werden. Das Zentrum würde in einer Koalitionsregierung mit den Faschisten diese hemmen.

Soweit geht mein Radikalismus nicht, daß ich die wichtigste Befehle des sozialdemokratischen Parteitages mit einer Vertrauenskundgebung für das Zentrum beenden lasse. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Rosenfeld hat vor den Gefahren der Aufrüstung gewarnt. Aber die französischen Genossen haben die Taktik unserer Reichstagsfraktion vorbehaltlos gebilligt, und die Rede des Genossen Grumbach in der französischen Kammer ist die klassische Darstellung der Gründe, die uns geleitet haben. (Hört, hört!) Gewiß haben wir im alten Staat die Rüstungsausgaben grundsätzlich abgelehnt und eine besondere Stellung zur Vorderseiteibung eingenommen. Aber selbstverständlich kann diese Stellung nicht unverändert bleiben, wenn wir selbst die Staatsgewalt in die Hand nehmen wollen. In den Erklärungen zum Erfurter Programm können Sie lesen, daß kein Volk frei ist, das nicht die Waffen zu führen versteht und für seine Freiheit mit Blut und Leben einsteht. Ich möchte in der Zeit der Kinderfreunde und der Roten Falken derartige Sätze gar nicht im Parteiprogramm haben. Aber wer sich bei Milliardenforderungen der Stimme enthält oder aus staatspolitischen Gründen zustimmt, begeht noch lange keinen Verrat an sozialdemokratischen Grundfragen.

Den Parteigenossen, die von moderatradikalen Positionen die eigene Partei besudeln und bestärken lassen, muß endlich einmal klargemacht werden: es gibt nur eine große Friedenspartei und nur eine Friedensgesellschaft, das ist die Deutsche Sozialdemokratie. (Lebhafte Beifall.)

Rosenfeld hat davor gewarnt, auszusprechen, daß ein wiederholter Disziplinbruch parteischädigendes Verhalten sein würde. Er hat in der Presse den Grundhauf aufgestellt: je größer die Freiheit, desto stärker die Einheit. Wenn jeder tun kann, was er will, hätten wir zwar größere Freiheit, aber auch größere Uneinigkeit. Auf dem Magdeburger Parteitag von 1910 wurde ein Antrag eingebracht, der noch einmal ein Budget bewilligte, stellte sich damit ohne weiteres außerhalb der Partei. Dieser drakonische Antrag war unterzeichnet von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, deren Andenken Rosenfeld hier beschwören hat, von Bielig, Ströbel und Dr. Kurt Rosenfeld. (Stürmische Heiterkeit und großer Beifall.) Da bin ich, glaube ich mehr für den modernen Straußzug — ich schließe den Weg einer Bewährungsfrist nicht aus. (Heiterkeit und Zuruf: Der Fall ist hoffnungslos!) Wir stehen gegenüber der Gefahr, daß derartige Aktionen sich wiederholen. Rosenfeld hat zwar erklärt, er wisse von dem Parteitag für Wien nichts; aber er hat leider nicht hinzugesetzt, daß er derartige Veruche mißbilligt und nicht mitmacht. Wer aber derartige Gruppenbildungen unterliegt, kann nicht dafür einstehen, daß in ungelegenen Situationen die Parteeinheit gehemmt wird. (Sehr wahr!) Dettinghaus will gern Disziplin halten, solange die Beschlüsse in Einklang mit unseren Grundideen stehen. Aber darüber bestimmt eben nicht Dettinghaus und nicht Sendewitz, sondern allein die berufene Vertretung der organisierten deutschen Arbeiterklasse. (Lebhafte Beifall.) Unmöglich können wir jedem einzelnen Genossen die Entscheidung darüber überlassen, ob unsere Beschlüsse grundsätzlich richtig sind. Wenn Dettinghaus als Gewerkschaftsführer auf Grund eines Kompromisses mit den Unternehmern einen Streit abbricht, überläßt er es auch nicht jedem Gewerkschaftsmitglied, ob es das für richtig hält oder nicht. Der Parteitag muß klarstellen, daß, wenn Fraktionszwang beschlossen wird, jedes Fraktionsmitglied sich zu fügen hat. (Sehr richtig.)

Jensen hat von einer Hege gegen die Theoretiker gesprochen. Ich habe keine Hege getrieben, aber ich habe betont, daß die Arbeit der Genossen, die in den Kommissionen der Parlamente Tag für Tag um jede Mark kämpfen, genau so Klassenkampf ist, wie das Schreiben von theoretischen Artikeln. Ich schätze ihre erzieherische Arbeit, Genosse Jensen, schon deshalb, weil Sie wie ich Alkoholgegner sind. (Heiterkeit.) Seid doch froh, Genossen, daß in der Partei solche Querverbindungen bestehen.

Aber es besteht die Gefahr, daß ein Teil unserer Jugend zu einem geistigen Hochmut erogen wird gegenüber Parteigenossen, deren aufreibende Tätigkeit ihnen seit Jahrzehnten keine Zeit mehr läßt, alle Theorien zu verfolgen. (Sehr wahr!) Ich habe manchmal den Eindruck, daß in einem Teil unserer Jugend ein pharisäischer Wortglaube gezeugt wird, der sie unangenehm macht, in der praktischen Arbeit mitsäugig zu sein.

Die Entschließung, welche wünscht, daß die Verordnung gegen politisches Rowdium sofort aufgehoben wird, bitte ich abzusehen. Wir würden damit nur den Nationalsozialisten einen Gefallen tun. Was die Gefahren für die Freidenkerbewegung anlangt, so stelle ich fest, daß in dem Befehl des Genossen Herz ein Brief der proletarischen Freidenkerorganisation an die Reichstagsfraktion ist, in dem der Reichstagsfraktion der Dank dieser Organisation dafür ausgesprochen wird, daß es uns gelungen ist, die allermeisten Mißstände auf diesem Gebiet zu beseitigen. (Hört, hört!)

Siemens hat Kritik geübt an einem Aufsatz im „Vorwärts“ über die päpstliche Enzyklika. Ich habe den Artikel nicht gelesen, aber es ist schon möglich, daß man in Berlin nicht genau über die Beschlüsse des Katholizismus orientiert ist. Vielleicht ist Siemens damit einverstanden, wenn ich Stampfer vorlege, einen tüchtigen katholischen Sozialisten in die Redaktion des „Vorwärts“ zu nehmen. (Heiterkeit.) Passiv gegen die katholische Kirche habe ich mich niemals gehalten. Ich bin dafür, daß wir religiöse Toleranz üben. Wo aber die Kirche den Sozialismus angreift, hat sich jeder Sozialist entschieden dagegen zu wehren.

Der politische Führer des Hochkapitalismus in Deutschland, Herr Dingeldey von der Deutschen Volkspartei hat am Dienstag in Hamburg zu der neuen Notverordnung folgendes gesagt:

„Der Reichskanzler habe die Verpflichtung übernommen, weitere Ausfälle durch weitere Ausgabenreduzierungen und Reformen zu decken. Das man aber jetzt hört, bedeutet den Bruch der vom Reichskanzler bisher behaupteten Grundzüge. Es scheint, daß man auch dem Wunsch der Sozialdemokraten folgen und die 40-Stunden-Woche dekretieren wolle. Der Reichskanzler habe bisher im In- und Auslande Vertrauen genossen, weil sein Programm sich von sozialistischen Einflüssen ferngehalten habe. In dem Augen-

... in dem dieser Kurs verlassen werde, seien für alle diejenigen, die bisher in Deutschland der Regierung Vertrauen geschenkt hätten, neue politische Tatsachen geschaffen. (Hört, hört!)

In einer solchen Situation wäre es wohl die größte Dummheit, wenn der Parteitag die Resolution Rosenfeld-Sendewitz annehmen würde!

Wir stehen nun am Ende des großen, inneren Kampfes über die Methoden der Partei. Vor dem Parteitag war in gegnerischen Blättern viel die Rede von der angeblichen Verbrennung und Verschaltung der Sozialdemokratie und ihrem allbeherrschenden Apparat.

Ich frage nun: welche Partei Deutschlands wäre in der Lage, bei der breiten Öffentlichkeit die großen, politischen und wirtschaftlichen Probleme so zu diskutieren, wie das hier geschehen ist? (Sehr gut!)

Ich bin auch überzeugt, wenn Breitscheid seine Rede vom Vormittag vor einer Arbeiterversammlung gehalten hätte, daß ihm die sozialdemokratischen Arbeiter genau so zugejubelt hätten, wie der Parteitag. (Zustimmung.)

Alles, was wir hier in Leipzig erlebt haben, zeigt, daß die Sozialdemokratie geradezu geladen ist von Energie, und daß es keiner wagen kann, mit dieser Partei anzubinden. Also hinweg mit allem Pessimismus und aller Kopfhängerei und auch mit dem Wahn, es sei in Deutschland zu Ende mit der Demokratie und der Republik. Was wir an Demokratie zeitweilig haben aufgeben müssen, werden wir zurückholen. Dieser Parteitag beweist dem deutschen Volke und der ganzen Welt: es kommt kein Drittes Reich, es kommt kein Sowjetdeutschland, es kommt ein Deutschland des Arbeitervolkes unter Führung der Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.)

In einer persönlichen Bemerkung bemerkt Rosenfeld, daß seine Haltung im Jahre 1910 gegenüber den badischen Budget-Bewilligern nicht im Widerspruch stehe mit seiner Haltung auf diesem Parteitag, weil er und seine Freunde nach ihrer Meinung gegen keine Parteitagbeschlüsse verstoßen hätten, während 1910 ein Verstoß gegen die Beschlüsse der Parteitage in Dresden, Lübeck, Nürnberg vorgelegen habe.

Vor der Abstimmung über die entscheidenden Entschlüsse gibt Wels dem Parteitag bekannt, daß bereits am Sonnabend vor dem Parteitag in der „Leipziger Volkszeitung“ mitgeteilt worden ist, daß die kommunistische Partei die Absicht habe, mit sozialdemokratischen Mitgliedsbüchern ver-

sehene Jugendliche und eckl. auch kommunistische Parteimitglieder, die mit dem an die kommunistische Presse ausgegebenen Pressefaktum versehen werden sollen, auf der Tribüne des Parteitages zu verteilen, die dann nach den entscheidenden Beschlüssen gegen die neun Abgeordneten der Minderheit ihre sozialdemokratischen Mitgliedsbücher zerschneiden und in den Saal hinabschleudern sollen. Sollte also eine solche Aktion wirklich vorkommen, so stelle ich von vornherein fest, daß sie im Dienste der kommunistischen Partei erfolgt!

Es folgen die Abstimmungen.

In der Disziplinfrage gelangt zur Abstimmung ein Antrag vom Parteivorstand und Parteiausschuß, dessen erster Satz das Verhalten der neun Reichstagsabgeordneten bei der Abstimmung über den Panzerkreuzer B mißbilligt. Dieser Satz wird in gewöhnlicher Abstimmung mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Der Schluß der Resolution, der den Fraktionen einheitliches Auftreten zur Pflicht macht und ihnen das Recht gibt, Fraktionszwang zu erklären und Zuwiderhandlungen dagegen als parteischädigendes Verhalten erklärt, wird in namentlicher Abstimmung mit 234 gegen 62 Stimmen angenommen.

Damit sind alle anderen Anträge zur Disziplinfrage erledigt.

Die sozialen Forderungen des Parteitages sind in einer Resolution Aufhäuser-Berlach zusammengefaßt, die einstimmig angenommen werden. Die meisten Anträge auf sozialpolitischem Gebiet sind dadurch erledigt. Der Rest der Anträge wird dem Parteivorstand überwiesen.

Zur Bekämpfung des Faschismus liegt ein Antrag von Berlin vor; er wird mit dem Zusatzantrag der Frauen einstimmig angenommen.

Zu den Anträgen über Beeinträchtigung des Freidenkertums durch die letzte Notverordnung wird eine Resolution vom Parteivorstand und Parteiausschuß angenommen, die von der Reichstagsfraktion weiteren energischen Kampf gegen Mißbrauch der Notverordnung fordert. Die übrigen Anträge sind dadurch erledigt.

Zu den neu bevorstehenden Notverordnungen wird ebenfalls mit überwältigender Mehrheit eine Resolution vom Parteivorstand und Parteiausschuß angenommen, wonach die Fraktion alsbald nach vorliegendem Wortlaut zusammenzutreten und entscheiden soll. Ebenso wird mit großer Mehrheit eine gemeinsame Resolution angenommen, die die sozial-

politischen Gesichtspunkte betont, die die Fraktion bei ihrer Entscheidung beachten soll.

Mit überwältigender Mehrheit nimmt dann der Parteitag den Antrag 187 an, der der Reichstagsfraktion die Billigung zu ihrer Haltung und die Anerkennung in ihrem Kampfe ausspricht.

Die Anträge bezüglich der weltlichen Schule und einer Reihe anderer Fragen werden durch den Hinweis auf die entsprechenden Beschlüsse des vieler Parteitages für erledigt erklärt.

Endlich wird er Antrag, über die bisherige Politik der Partei eine Abstimmung zu veranlassen, einstimmig abgelehnt. (Heiterkeit.)

Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt. Es folgt der

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Krüger stellt über die Zusammensetzung des Parteitages folgendes fest: Der Parteivorstand ist durch 17 Mitglieder vertreten, darunter drei Genosseninnen. Es fehlt der erkrankte Genosse Ludwig. — Von der Kontrollkommission sind 7 stimmberechtigte Mitglieder, darunter eine Genossin anwesend. Der Parteiausschuß ist mit insgesamt 44 Mitgliedern, darunter 11 Genossinnen, vollständig vertreten. Von der Reichstagsfraktion, die auf Grund des Organisationsstatuts ein Fünftel ihrer Mitglieder entsenden darf, sind 29 Mitglieder anwesend, darunter zwei Genossinnen. Von den Bezirksverbänden sind 297 Delegierte entsandt. Danach sind insgesamt auf dem Parteitag 394 stimmberechtigte Mitglieder anwesend, darunter 98 Genossinnen. (Bravo!)

Krüger bemerkt dazu, daß, gemessen am Reichsdurchschnitt der Frauenmitgliedschaft, diese Zahl der Delegierten noch zu gering ist und daß die Kommission bedauert, daß einzelne Bezirksverbände den berechtigten Ansprüchen der Genossinnen nicht in genügender Weise entgegenkommen. (Bravo!) Delegierte ohne Stimmrecht sind 19 vorhanden, darunter drei Frauen. Ferner sind 19 ausländische Gäste anwesend und drei Gäste von deutschen Bruderorganisationen sowie drei Parteitagreferenten.

Gegenüber den Behauptungen der politischen Gegner von der alten, verfallenen Sozialdemokratischen Partei stellt die Kommission fest, daß 210 = 52,3 Prozent der Anwesenden im Alter bis zu 45 Jahren steht und über 60 Jahre nur 13.

Auf Vorschlag des Büros wird dem Genossen Ludwig unter lebhaftem Beifall ein Telegramm übermittelt, das die baldige Genesung wünscht.

Schluß 6 Uhr. — Weiterverhandlung Donnerstag 9 Uhr.

Schwerindustrie gegen die Demokratie.

Die Tagung des Langnamvereins. — Schuldige flagen an.

Während die Arbeitslosenmassen bald der Bergweisung nahe sind, hat in Düsseldorf mit anderthalb tausend Mann das Unternehmernparlament des Langnamvereins getagt, in dem unter entscheidender Führung der Schwerindustrie die Unternehmer von Rheinland und Westfalen zusammengeschlossen sind. Wer erwartet hätte, daß dieses Parlament ernsthaft Wege zur Überwindung der Wirtschaftskrise sucht, wie es auf dem Parlament der Arbeiterklasse in Leipzig geschieht, und daß die Unternehmer auch bereit und fähig wären, eigene Fehler zu erkennen, der irrte sich. Die Unternehmerversammlung in Düsseldorf verliert kein Wort über Ursachen und Wege zur Heilung der Weltkrise; sie stellt in der welthistorischen Stunde, in der die wirtschaftliche Liquidation des Weltkrieges gefunden werden müßte, nur eine trügerische Verteidigung des Unternehmertums und Profitstandpunktes in den Mittelpunkt ihrer Verhandlungen und proklamiert, indem sie auch die Reichsregierung für ihren Standpunkt verpflichtet will, den Klassenkampf von oben gegen die Arbeiterschaft, dem die Machtmittel des Staates zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Hauptredner, Dr. Springorum, Paul Reusch, Fritz Thyssen, Albert Bögl, Dr. Silberberg, stellen die Schwerindustrie, keine Leute aus der Textilindustrie und der verarbeitenden Industrie sind Staffage.

Springorum, vom Hoechst-Konzern, macht den verantwortlichen

Leitern der deutschen Politik den Vorwurf, daß sie weitgehend versagt haben.

Damit meint er aber nicht die Unterlassung der notwendigen Kartell- und Monopolkontrolle, durch die die Wirtschaftskrise verschärft wurde, sondern er nimmt die Kritik einer kommenden Notverordnung vorweg mit der Bemerkung, daß jede neue Belastung der Wirtschaft die Erfolgsmöglichkeit der Notverordnung zerschlagen müsse. Die gesamten Lasten zum Ausgleich des Staatshaushalts müssen der Arbeiterschaft überlastet werden, wenn „Volk und Parteien“ den Maßnahmen der Regierung keinen Widerstand entgegensetzen sollen. (1) Nach zwei Vorschlägen, der der außerparlamentarischen und der tariflichen Vöhring, nennt es Springorum eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, „einen Reallohn und eine Lebenshaltung aufrechtzuerhalten zu wollen, die unter besseren wirtschaftlichen Verhältnissen ihre Berechtigung haben mögen, die aber heute eine Unmöglichkeit sind“. Das sagt Springorum, nachdem die Lohnsenkung eine zusätzliche Arbeitslosigkeit von anderthalb Millionen gebracht hat und der verantwortliche Reichsarbeitsminister selbst sich jeder weiteren Lohnsenkung entgegenstellen mußte. Von der Reichsregierung werden entschlossene Führung, Zielklarheit und Härte verlangt. Unmissverständlich werden die

politisch-parlamentarischen Methoden bekämpft und preisgegeben zu dem Zweck, die sozialen Garantien der Demokratie, deren Vertreter der Kampf angeht, wird, zugunsten der „notwendigen freien Wirtschaftstätigkeit“, zu beseitigen. Neuer Lohn- und Gehaltsdruck genügt Herrn Springorum nicht, er verlangt vom Reichsanwalt, „daß er sich mit den besten und tüchtigsten Männern des Volkes umgibt und in kürzester Frist der freien Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte die Wege ebnet. Wir verlangen ganze Arbeit!“

Dr. Paul Reusch von der Gutehoffnungshütte des Haniel-Konzerns bringt es fertig zu erklären, daß der Rückgang des Lohn- und Gehaltsaufwandes „in der Hauptsache leider auf die gestiegene Arbeitslosigkeit und auf Kurzarbeit zurückzuführen“ sei und leugnet damit, daß die Lohnsenkungen eine Entlastung der deutschen Unternehmungen gebracht haben. Herr Reusch scheint nicht zu ahnen, daß er damit die Lohnsenkung selbst als Krisenheilungsmittel ad absurdum führt; er muß aber schließlich so reden, da auch er einen neuen Lohnabbau fordert. Reusch

findet freundliche Worte für den Reichskanzler Brüning, zugleich aber spricht er ihm den Mut ab, mit der notwendigen Rücksichtslosigkeit vorzugehen. Aber wie Springorum wendet sich

auch Reusch gegen das System der Demokratie und fordert Männer,

die den Weg ihrer eigenen Erkenntnis gehen können, um die Gefahren zu bannen. Nachdem die Schwerindustrie selbst die verhängnisvollsten Fehler gemacht und insbesondere durch ihre Preis- und Selbstfinanzierungspolitik die Krise verschärft hat, fordert Reusch, daß „wir uns nach oben hungern müssen“. Das mag die Schwerindustrie, nachdem bisher sämtliche Krisenopfer fast ausschließlich von der Arbeiterschaft getragen worden sind.

Dem sozialreaktionären und antidemokratischen Programm der Schwerindustrie hat, wie zu erwarten war, Dr. Franz Thyssen von den Vereinigten Stahlwerken den schärfsten Ausdruck verliehen.

Nationale Volksgemeinschaft unter Ausschluß der organisierten Arbeiterschaft und gegen die organisierte Arbeiterschaft ist Thyssens Forderung.

„Es ist der Sinn der Volksgemeinschaft und jeder nationalen Regierung, daß das Ziel aller Politik eine gesunde und starke deutsche Nation sein muß. Das bedingt, daß die Auswüchse der Parteiwirtschaft beseitigt werden. Es sind Parteiauswüchse, wenn heute die Maßnahmen der Regierung unter dem Druck einer Nebentregierung, nämlich der Gewerkschaften, erfolgen.“ Dr. Fritz Thyssen, der an der Spitze der Schwerindustrie bisher noch jede Reichsregierung unter das schwerindustrielle Diktat zu zwingen suchte, spricht von einer Nebentregierung der Gewerkschaften! Ueberflüssig zu sagen, daß Thyssen die Ausschaltung des Staates bei allen Tarif- und Lohnfragen verlangt und die Erfüllung des Wunsches „unseres erwachenden Volkes“ nach einer nationalen großen und einigen Deutschland.

Die brennendste Frage der deutschen Gesamtpolitik, die Reparationsfrage, zu behandeln, war Dr. Bögl von den Vereinigten Stahlwerken bestellt. Mit der Bemerkung, daß sich der Wegfall der im Dames-Plan vorgesehenen Goldklausel heute bitter gerächt habe, setzte er sich in Widerspruch mit der Rede Schachts in Dresden, der die Bedeutung der Goldklausel, die die deutschen Zahlungen erheblich verringern könnte, bagatelisiert hat. Bögl wiederholt die kurzfristige Politik, dem Ausland mit falschen Zahlen über die öffentlichen Ausgaben und sozialen Ausgaben zu imponieren. Aber er ist nicht blind dafür, daß es unmöglich ist, die Reparationszahlungen ohne weiteres einzustellen und daß nur der Weg neuer Verhandlungen übrig bleibe. Die Scharfmacher-versammlung in Düsseldorf wird enttäuscht darüber gewesen sein, mit welchem Nachdruck

Bögl der Forderung Schachts nach sofortiger Einstellung der Reparationszahlungen entgegentrat:

„Nun ist es sehr leicht“, so sagte Bögl, „in die Welt zu schreien: Weg mit den Tributen. Es wird selber dabei verfahren, daß hier bindende, feierlich eingegangene Abmachungen vorliegen, auf denen die Zusammenarbeit großer Völker beruht. Was wir als Ausgaben bitter empfinden, buchen sie als Einnahmen. Ich bin nicht so optimistisch, anzunehmen, daß die Krisenstimmung in der Welt sie veranlassen wird, auf diese zu verzichten, obgleich es sicherlich zu ihrem Heil sich auswirken würde. Was bleibt also übrig: neue Verhandlungen.“

Bögl fordert auf Jahre hinaus einen deutschen Wirtschaftsplatz, der die Umstellung der ganzen Wirtschafts- und Finanzpolitik zur Stärkung des Binnenmarktes und der eigenen Kapitalbildung vorzieht, die Befreiung Deutschlands von allen Tributzahlungen auf Jahre hinaus zum Ziel hat und die Reparationsempfänger zu einer Politik verpflichtet, Deutschland bei der Gewinnung neuer Absatzmärkte zu unterstützen. Der Bögl und die Schwerindustrie kennt, wird freilich nicht so naiv sein, anzunehmen, daß die von ihm geforderte Stärkung des Binnenmarktes

einem größeren Wohlstand der arbeitenden Massen zur Voraussetzung haben sollte.

Der letzte schwerindustrielle Redner war Generaldirektor Silberberg, der im Westen die ganze Braunkohle und die wichtigsten Positionen der Steinkohle beherrscht. Er sagte, daß man sich in England ein Beispiel nehmen könne, wie wichtig eine gute staatliche Finanzwirtschaft für das Volksganze sei. Ganz sicher hat Silberberg damit Recht. Aber ebenso sicher kann man auch annehmen, daß er die viel schärfere Besteuerung der englischen Industrie sowie des Einkommens und Vermögens in England und die unergleichlich viel geringere steuerliche Belastung des Konsums nicht von England auf Deutschland übertragen wissen will; denn Silberberg fordert ausdrücklich, daß man in Deutschland zugunsten des Besitzes viel früher und stärker entbehrliche Konsumgüter hätte besteuern müssen.

Natürlich hat das Unternehmernparlament des Langnamvereins auch eine Entschliebung gefaßt. In dieser Entschliebung heißt es, daß die schwere Notzeit keine parteipolitischen Rücksichten mehr verzeihe und daß vom Reichskanzler eine entschlossene Führung und die Wahl von Mitarbeitern verlangt wird, die nur nach Sachkenntnis und Befähigung vorzunehmen ist. Also in dieser Entschliebung auch die Forderung an die Reichsregierung, antiparlamentarisch und gegen die Arbeiterschaft zu regieren. Wir sind auch der Meinung wie die Entschliebung des Langnamvereins, daß mit Halbheiten die Wirtschaftskrise nicht zu überwinden und daß klares und entschlossenes Handeln nötig ist. Aber wir sind der Meinung, daß nicht nur die Arbeiterschaft, sondern die gesamte deutsche Öffentlichkeit sich die Einmischung der Schwerindustrie in die Staatspolitik, nachdem die schwerindustrielle Politik die wirtschaftliche Lage Deutschlands am nachteiligsten beeinflusst hat, verbitten muß. Es wäre die ärgste aller Halbheiten, wenn der Schwerindustrie, die in Deutschland abgewirtschaftet hat, von der Reichsregierung auch nur ein Teil des Einflusses zugestanden würde, den die Herren von der Ruhr für sich verlangen.

Die Gewinne der IG-Farben.

300 Mill. M. Löhne und Gehälter. — Teilweise gebesserter Geschäftsgang.

In Frankfurt a. M. hat gestern die Generalversammlung der IG-Farbenindustrie A.-G. stattgefunden.

332 Aktionäre vertreten auf dieser Versammlung ein Kapital von 565 Millionen Mark! Die Abschreibungen in Höhe von 57,3 Millionen Mark (auf Anlagen von 494 Millionen) bezeichnet Dr. Schmitz selbst als reichlich. Die zum Konzern gehörigen Unternehmen könnten ihre Dividenden aus eigenen Gewinnen bezahlen; die Rorff-Hydra in Oslo erhöhte die Dividende vom 6 auf 8 Proz.

Die Belegschaft zählte am 1. Mai 1931 79.772 Köpfe, ist also gegenüber dem Stande vom 1. Januar (79.903) nur wenig zurückgegangen. Im Laufe der Debatte erklärte die Verwaltung, daß die Rationalisierung rücksichtslos fortgeführt werde. Eine Verschärfung der Arbeitslosenfrage soll dadurch nicht hervorgerufen werden; als „einziger und bester Ausweg“ dafür sei die Kurzarbeit erkannt worden! Wenn darin ein Bekenntnis zur 40-Stunden-Woche zu erblicken ist (die ja bei den IG-Farben teilweise bereits durchgeführt ist), so ist es zu begrüßen. Man muß aber wohl betonen, daß darüber der im Besonderen Rationalisierungsmaßnahmen notwendig und mögliche Preisabbau (nicht allein für das Ausland!) nicht vergessen werden darf.

Das Prinzip, möglichst wenig ausschweifende Bilanz- und gar keine Umsatzsteuern anzugeben, wurde nur in einem Punkte durchbrochen: die Summe der Löhne und Gehälter wurde für das Jahr 1930 mit rund 300 Millionen Mark angegeben.

